

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Junge Prolet“, „Die Rote Sichel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Pernsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Weikstein.

**Anzeigenpreis:** Die 10 spalten Millimeterzelle od. deren Raum 10 Goldpfennige. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — **Reklamepreis:** Die Millimeterzelle 3 spalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Mittwoch, 13. August 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2,50 Gm. wöchentlich 50 Pfg. Einzelne durch Straenbbl. u. No. 10 10 Pfg. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postfach 2010 Breslau Nr. 31059 — Fernsprecher: Breslau Ring 9337.

## Schwarz-rot-gold für Schwarz-weiß-rot.

### Parademarsch für Ludendorff. — Ein republikanischer Oberst für eine zweite Marne Schlacht.

Gestern fand im „Schiefwerder“ zu Breslau die Feier des Reichsbanners Schwarz-rot-gold statt. Aus Breslau und Umgebung hatten sich unter der Parole: „Republikaner vor die Front!“ die Banner zum Parademarsch vor dem Oberst Lange und Schwerin eingefunden. Jeder dachte und sich der Arbeiterklasse gegenüber verantwortliche Mensch fühlte beim Anblick der ausgehungerten Proleten, die ihre Knochen kaum hochtrugten, die Tragik über den Verrat der SPD an der Arbeiterklasse. Was der Monarchie nie gelungen ist, die Arbeiter zum Drill und zum Chauvinismus zu erzieren, versucht die Führerschaft der SPD und des Reichsbanners unter dem Phrasenworte „Freiheit“. Mit Gacehandschuhen und dem Klemmerladen an der Brust, der vom Passivismus der Republikaner Zeugnis ablegen soll, nahmen die Gewerkschaftsbonzen und SPD-Führer die Parade ab.

Die Rede des Oberst Lange aus Schwerin verdient in hunderttausend Exemplaren verteilt zu werden, um den Arbeitern die Augen zu öffnen.

Wir hatzen gewünscht, dieser Musterrepublikaner und Chauvinist hätte seine Rede vor hunderttausenden Arbeitern gehalten. Dann wären den schlesischen Proletariern, die noch der SPD nachlaufen, die Augen geöffnet worden. Dann hatzen sie erkannt, daß das Reichsbanner Schwarz-rot-gold nur die Wiederauflebung der alten Einwohnerwehr bedeutet, die dazu bestimmt ist den alten Militardrill zu pflegen und „Ruhe und Ordnung“ der kapitalistischen Republik zu schuken. Der Unterschied zwischen den Schwarz-weiß-roten und den Schwarz-rot-goldenen Kommandeuren der Stahlhelmtuppen, besteht lediglich in der Farbe der Kofarbe.

Ja, der „republikanische“ Oberst ubertrumpfte selbst den Ludendorff an Chauvinismus.

### Die friderizianischen Republikaner und die Marne Schlacht.

Nachdem der republikanische Oberst die Verfassung der kapitalistischen Republik in allen Tönen gepriesen, kam er auf sein Jagdgebiet, den deutschen Militarismus zu sprechen; lobte das alte Heer und erklärte wörtlich:

„Die Marne Schlacht wäre nicht verloren gewesen, wenn die oberste Seeresleitung nicht den Kopf und die Nerven verloren hätte, und wenn Offiziere mit dem Geiste Friedrich des Großen an der Front gewesen wären.“

Dieser Oberludendorff wollte sicher noch weitere Millionen Proletariern den kapitalistischen Machthabern opfern.

Oberst Lange sagte weiter:

„Ich zitiere mich nicht es offen auszusprechen, daß ich auch heute als treuer Republikaner vor den Fahnen Schwarz-weiß-rot, die so oft das Zeichen der Freiheit waren, mich verbeuge.“

Proleten und Jugend, die Ihr ernst Eure Interessen vertreten wollt, was sagt Ihr zu den Worten Eures Führers?

„Mit den Kommunisten werden wir fertig. Ein paar Hundertschaften unserer Schupo genügen, um diesem Spul ein Ende zu machen“, rief der „Freiheitskämpfer“ sarkastisch in den Saal, doch mit der rechten Gefahr können wir nicht so leicht fertig werden, denn schließlich stehen ja die rechten Parteien auch auf dem Boden des Privatigentums.

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß in der Republik gar keine Rechtsgefahr mehr besteht, denn wir haben bereits einen faschistischen Staat.

Der Rahmen für die deutsche Republik ist zwar Schwarz-rot-gold, der Inhalt jedoch Schwarz von Trauer, weiß von Faschisten und rot von Arbeiterblut.

Zum Schluß bereitete der Oberst Lange die Proletariern zum nächsten Kriege vor.

„Wenn das Vaterland uns braucht, so werden wir! da sein, und wenn wir einzig sind, werden wir die nächste Marne Schlacht nicht verlieren.“

Der alte Bebel hätte sich gewiß im Grabe herumgedreht, wenn er gewußt hätte, daß keine sozialdemokratische Partei zu diesen Worten „Frei Heil“ ruft und „Deutschland, Deutschland über alles“ als Refrain singt.

Wir merken, daß unter den jungen Arbeitern in der SA ein großer Teil war, denen nach den Worten des Festredners übel wurde. Wir fragen die jungen Arbeiter: „Was wollt Ihr tun, um Euch vor dem Faschismus Eure Führer zu retten?“

Wir fragen die laufenden sozialdemokratischen Arbeiter in Schlesien, wir fragen die Breslauer Arbeiter, die bei der Rede den Kopf uten die dem Reichsbanner bei raet in dem Irrglauben, daß diese Organisation den Kampf gegen den Schwarz-weiß-roten Stahlhelm führen wird:

Wie wollt Ihr diesen Kampf führen, wenn Eure Führer sich vor Schwarz-weiß-rot verneigen und noch militaristischer sind als die Ludendorff, Trepik und Konforten?

Glaubt Ihr wirklich im Bunde mit kapitalistischen Demokraten und Volksparteilern eine Kampforganisation gegen die Feinde der Arbeiterschaft bilden zu können?

Seht Ihr nicht, daß die „Reaktion“ mitten unter Euch sitzt, daß Eure Führer die schlimmsten Reaktionäre und Arbeiterfeinde sind, die das Reichsbanner heutzutage wollen, um die kapitalistische Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten!

Eure Führer haben Euch 1914 verraten und sind bereit, gestugt auf Eure Patzillone, mit Euren Knochen, beim nächsten Krieg, wider das kapitalistische Vaterland zu verteidigen.

Macht Schluß mit dem Schwarz-rot-goldenen Betrug!

Erkennt, daß die Sozialdemokratie nichts anderes ist als der linke Flügel des grodeutschen Faschismus, das letzte Bollwerk der Bourgeoisie.

Wenn wir Kommunisten Euch das täglich zurufen, so geschieht das nicht — wie Eure Führer Euch vorlugen — aus blinden Haß und Schmachsucht. Rein es geschieht in Erkenntnis, daß der Sieg der Arbeiterklasse erst dann verbürgt ist, wenn dieses letzte Bollwerk der Bourgeoisie niedergedrungen.

### So sieht der wohlausgeflugelte Schiedspruch aus, der von den Gewerkschaftsfuhrern und Arbeitern so warm empfohlen wird.

Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen!  
Seht unter solchen ungunigen Bedingungen nicht in die Betriebe! Lat euch von euren Gewerkschaftsfuhrern nicht einfluslen! Fangt nicht früher an zu arbeiten, bis auch der letzte wieder eingestellt ist.

### Ueberfall auf einen kommunistischen Redakteur.

Saarbrücken, 10. August. Die „Saarbrücker Arbeiterzeitung“ hat Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß kapitalistische Gewerkschaftsführer von den Ausbeutern bestochen worden sind, um den Streik abzuwürgen. Die strillischen Gewerkschaftsführer organisierten einen planmäßigen Ueberfall auf den Redakteur der „Saarbrücker Arbeiterzeitung“, Genossen Schneider. Es gelang dem Genossen Schneider mit Hilfe herbeigelaufener Arbeiter, die fünf Christen in die Flucht zu schlagen. Der Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Besser als durch diesen Ueberfall können diese „Christen“ wirklich nicht ihre Solidarität mit den Ausbeutern dokumentieren.

### Vor dem Sturz der bulgarischen Banditenregierung.

Sofia, 10. August. Nach einer Meldung des „Trieffer Piccolo“ aus Sofia steht Bulgarien vor ernstlichen Ereignissen. Info-ge der vollständigen Erregung zwischen Kommunisten und Bauernpartei ist die Lage des Kabinetts fast hoffnungslos geworden. Man erwartet jeden Tag den Ausbruch der Revolution. Die Regierung dürfte den Gegnern nicht gemacht sein, weil sich den Kommunisten und Armeniern auch die Mazedonier angeschlossen haben. Von Alexanderoff organisierte Banden bereiten sich vor, die Bauernpartei zu unterstützen. Die Kommunisten verfügen über 15.000 ausgerüstete und bewaffnete Leute. Die Lage wird durch Desertionen verschimmert. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.

## Wie wirkt sich das Sachverständigengutachten auf die Textilarbeiter aus?

J. R. Die Sozialdemokraten MacDonald und Herriol haben, wie sie selbst zugeben, in London die Linie des imperialistischen Scharfmachers Poincare folgerichtig weitergeführt. Die militärische Belegung des Ruhrgebietes bleibt bestehen, und Deutschland wird mehr und mehr eine Rohstoffkolonie des Entente-Imperialismus. Die amerikanischen Bankiers, die an den Londoner Beratungen teilnahmen, haben dort zwar gegen die militärischen Vorschläge Herriols protestiert, aber sie haben sich wieder beruhigt, weil ihnen durch ihre Anleihen die entscheidende Macht in Welt- und Mittel-Europa in die Hand gegeben ist.

Die deutsche Regierung und die Parteien von den Sozialnationalen bis einschließlich der Sozialdemokratie haben vor den Machthabern in Amerika, England, Frankreich und Belgien gekühlt. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsführer sehen wieder einmal ihre Hauptaufgabe darin, die zuverlässigsten Führen des kapitalistischen Staates zu sein. Sie preisen den Arbeitern den Dawes-Plan als die beste und nutzbringendste Sache der ganzen Welt an. Was aber bringt das Sachverständigengutachten den deutschen und rudwirkend auch den Arbeitern der anderen Länder?

Wenn die Kapitalisten in einem Lande und international auch noch so uneins sind, in einem Punkte finden sie sich immer: In der Ausbeutung der Arbeitermassen, in der Abwälzung der ihnen auferlegten Lasten auf die Lohnflaoten! Das beweist der Dawes-Plan. In ihm sind den deutschen Kapitalisten alle Handhaben gelassen, um die vorgegeben Reparationen auf die wertlosige Bevölkerung abzuwälzen, ja es sind darmit konkrete Anweisungen zur einseitigen Belastung des deutschen Proletariats gegeben.

Das Sachverständigengutachten bestimmt die Abschaffung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung in Deutschland. Es befiehlt Monopole auf Zucker, Tabak und Bier, durch die der deutsche Prolet mit jedem Pfund Zucker, mit jeder Zigarette, mit jedem Glas Bier besondere Abgaben an die ausländischen Kapitalisten zahlt.

Auf alle Einzelheiten des Dawes-Planes einzugehen, würde zu weit führen. Hier seien die Maßnahmen beleuchtet, die besonders die Textilindustrie und die Textilarbeiterschaft betreffen.

So lange schon Reparationen gezahlt werden, solange haben insbesondere in den Sachlieferungen die deutschen Fabrikanten, darunter zahlreiche Textilindustrielle, gute Profite daran gemacht. Das Reich hat ihnen Kredite gewährt, und sie haben durch günstige Rohstoffkaufe, Stundung der Steuern und Zinsen und Vordruck gute Geschäfte zu machen gewußt. Jetzt wird die deutsche Textilindustrie von den Sachlieferungen ausgeschaltet. In dem Kapitel über Sachlieferungen werden alle diejenigen deutschen Unternehmen ausgeschaltet, die auf ausländische Rohstoffzufuhr angewiesen sind. Warum?

In England, selbst in den Vereinigten Staaten und, durch den Frankensurz und große finanzielle Schwierigkeiten, auch in Frankreich und Belgien, steht die Textilindustrie in einer Krise. Die Krise in diesen Ländern soll dadurch gehoben werden, daß die deutsche Textilindustrie, die immer ein starker Konkurrent war, lahmgelegt wird.

Die deutsche Textilindustrie befindet sich gegenwärtig auch in einer schweren Krise, in einer liefergehenden Krise als die genannten Länder. Der Kreditmangel, die ungenue Geldknappheit in Deutschland — Folgen der unproduktiven Wirtschaft der Inflationsperiode — haben bereits zu vielfachen Stilllegungen und Einschränkungen, zu Konkursen vieler kleiner und mittlerer Betriebe geführt. Es ist klar, daß die Fabrikanten, wenn sie jetzt von den üblichen Bevognungen der Sachlieferanten ausgeschlossen sind, zu weiteren Stilllegungen schreiten, die deutschen Textilarbeiter also in ungeheuren Massen brotlos werden.

Die Betriebe, die aufrechterhalten bleiben, werden nach dem Sachverständigengutachten für Reparationslieferungen in der Weise herangezogen, daß sie Schuldverschreibungen, Inkassobilligungen, aufnehmen müssen. Die internationale Kommission mit 5 Prozent Zinsen eintreibt. Im kapitalistischen Staate aber hat es der Industrielle in der Hand, solche Lasten ohne weiteres auf die Arbeiter abzuwälzen. Berungerte Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne sind verbunden mit der Arbeitslosigkeit, die Mittel, um trotz der Industrieobligationen für die ausländischen Kapitalisten den deutschen Unternehmern die alten Profite zu sichern. Ausschließlich die Arbeiter werden also die Lasten des Sachverständigengutachtens tragen.

Wenn aber in Deutschland kein Achtstundentag mehr gilt, wenn in Deutschland die Löhne noch tiefer sinken und die Arbeiter in immer geringerem Maße staatlichen Schutz genießen, dann wirkt sich das aus auch auf die Arbeiterschaft der übrigen Länder. Ueberall ist heute der Vorkob gegen den Achtstundentag schon gemacht. In England sind die Textilarbeiter in hohem Grade unzufrieden, mahren in den meisten anderen Kategorien die Löhne dort steigen! In Frank-

## Hestiger Kampf in Le Havre.

Le Havre, 12. August.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Streik der Hafenarbeiter in Le Havre nimmt immer bestigere Formen an. Herr Meher, der dem Block der Linken angehört, und bei den letzten Wahlen vorgab, für den Achtstundentag einzutreten, hat in seiner Eigenschaft als Anerkennungssekretar den Schiffsbesitzern Polizei und Militär zur Verfügung gestellt. Unter den Streikenden herrscht kolossale Erbitterung. An einigen Stellen sind die Arbeiter in die Schiffe eingedrungen und haben die Maschinen unbrauchbar gemacht. Streibreaker wurden von den Streikenden verhaftet.

Der vor einigen Tagen verhaftete gewesene Sekretär der revolutionären Massen wurde auf Drängen der Massen wieder auf freien Fuß gesetzt.

In einer Reihe von Betrieben sind die Arbeiter, die bisher den reformistischen Verbänden angehörten, geschoben in die revolutionäre Gewerkschaft übergetreten.

## Lohnabbau bei den Porzellanarbeitern.

Wir haben schon wetere Male ur die Mur der Porzellanangehorigen berichtet. Heute mullen wir einen Schiedspruch veröffentlichen, welcher den Porzellanarbeitern durch die Gewerkschaftsbonzen aufgebahrt werden soll und der am Donnerstag gefällt und von beiden Parteien angenommen worden ist.

Er bringt den Proleten dadurch eine Verschlechterung, daß der Bezirk Waldenburg in die Ortsklasse B zurückversetzt wurde. Auf der anderen Seite will man den Schiedspruch vom 9. 6. anerkennen. So nimmt man den Arbeitern was man ihnen auf der einen Seite gibt, auf der anderen Seite mit beiden Händen. Außerdem bringt der Schiedspruch einen Lohnabbau von 5 Prozent für die Arbeiterinnen. Die Preise für landliche Artikel gehen aber wieder in die Höhe. Ferner haben die Gewerkschaftsbonzen eingewilligt, daß 54 Stunden gekürzt werden müssen.



# Der stinkende SPD.-Sumpf.

## Nochmals Weischen-Wierlich und die „Volkswacht“. Herr Gathmann enthüllt weiter. — Woher hat die „Volkswacht“ ihre Millionen?

Die „Volkswacht“ veruchte bekanntlich abzuleugnen, daß der Weischen-Wierlich jene ihm von dem früheren Volkswachtrebakteur Gathmann zur Last gelegten Aeußerungen getan hat. Sie behauptet zwei Zeugen hätten jener Unterredung beigewohnt und könnten bezeugen, daß Gathmann dreist schwindelt. Hierauf antwortet nun Herr Gathmann wie folgt:

Sechs Tage hat die „Volkswacht“ gebraucht, um auf das Zwiesgespräch Weischen-Wierlich-Gathmann eine Antwort zu finden. Sie gibt das Gespräch zu. Sie antwortet aber wie sie in dieser verlorenen Situation antworten muß: durch Abkneipen und Verleumben.

Da ihre Erklärung so lahm ist, will sie wenigstens zwei Zeugen gegen mich ins Feld führen. Das dürfte schwer sein. Dem Gespräch hat nämlich nur ein Zeuge beigewohnt, Herr Todus. Die „Volkswacht“ sollte ihm keinen Meineid zumuten.

Herr Gathmann hält also seine Behauptungen vollkommen aufrecht. Wir haben mit der erneuten Aufrollung des Falles Weischen-Wierlich gewartet, um der „Volkswacht“ Gelegenheit zur Antwort zu geben, aber das edle Blatt schweigt weiter.

Wir fragen die Breslauer Arbeiterschaft, ist dieses Schweigen nicht charakteristisch, ist es nicht ein sehr bedrückendes Schweigen, beweist es nicht, daß jene inkonsequente Behauptung der Arbeiterschaft durch den Weischen-Wierlich tatsächlich erfolgt ist.

Noch abgedröhrt als die „Volkswacht“ ist der Weischen-Wierlich selbst. Ihm steht nach § 11 des Pressegesetzes das Recht der Berichtigung zu. Weischen-Wierlich hat sich weder in der „Volkswacht“ zum Wort gemeldet, noch hat er der „Revue“ oder uns eine Berichtigung verlangt. Offenbar glauben Weischen-Wierlich und Korrespondenten durch Losschweigen die Angelegenheit am besten erledigen zu können, zumal Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern, dank der Hungerlöhne nicht in der Lage sind, sich außer ihrer Parteizeitung noch ein anderes Blatt zu kaufen.

Unsere Genossen in bei. Betrieben aber müssen dafür sorgen, daß der Weischen-Wierlich, besonders aber den Metallarbeitern die Augen über den Weischen-Wierlich geöffnet werden.

Herr Gathmann hat in ein Weipennest gestochen und fährt in dieser Aufgabe weiter fort. Er kündigt die Veröffentlichung seiner Erinnerungen als Volkswachtrebakteur an. Es ist klar, daß die „Volkswacht“ jetzt alle Ursache hat, Herrn Gathmann

zu verleumben, denn der Mann weiß tatsächlich sehr viel. Unsere im vorigen Jahr aufgestellte Behauptung, daß die Breslauer „Volkswacht“ die Dine des Breslauer Großhandels ist und von vier Millionen erhalten hat, wird von ihrem früheren verantwortlichen Redakteur vollständig bestätigt.

Herr Gathmann schreibt: „Geschäftliche Dinge sollten die „Volkswacht“ nicht kümmern. Dringend sei ihr, gerade was das Geschäft betrifft, Selbstkritik angeraten. Geschäft und Redaktion sind zweierlei, nicht wahr, liebe Volkswacht? Du lebst geschäftlich von den „Kapitalbestien“, die Du reaktionell bekämpfst, weil Du von der Arbeiterschaft, die Dich nicht liest, nicht leben kannst. Wirf nicht mit Steinen aus Deinem Gashaus.“

Im übrigen werden mich die Kommunisten wieder zitieren (das ist nämlich die größte Angst der „Volkswacht“!), wenn ich der Breslauer Arbeiterschaft erzähle, von welchen heiligen Großkapitalisten die SPD. sich Millionen schenken ließ.

Zur Befreiung der Arbeiterklasse nämlich! Hierzu bemerken wir: Herr Gathmann war vier Jahre verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht“. Er kennt das Pressegesetz, er kennt die Beleidigungsparagraphen, er kennt die Verleumdung der Bonzen, er ist kein Genue, um nicht in der Öffentlichkeit Behauptungen aufzustellen, die er nicht beweisen kann.

Seine Anklagen gegen die „Volkswacht“ bestätigen also was wir Kommunisten immer behaupten.

Die Sozialdemokratie, die nicht laut genug über „russische Emisäre“ und „russische Rubel“ schimpfen kann, ist eine korrupte Partei.

Sie hat nicht nur Stipendien vom Heimatsdienst erhalten, wie Genosse Zuwaß jenerzeit beweisen kann, sie hat nicht nur Millionen von Mark aus dem oberösterreichischen Plebiszitfonds erhalten, sie steht auch im direkten Solde des Großkapitals.

Im den Schmeißpranger mit der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie und ihrer Presse!

Jeder ehrliche Arbeiter muß schon aus Reinlichkeitsgründen dieser von den Totselbigen der Arbeiterschaft ausgehaltenen Partei den Rücken kehren.

reich in das Leben der Weltarbeiterschaft so erbärmlich, daß eine Lohn- und Streikbewegung der anderen folgt.  
Zu all diesem kommt, daß das Sachverständigen-gutachten den Konkurrenz-Kampf der englischen, französischen, amerikanischen und anderen Kapitalisten trotz der Anhebung Deutschlands nicht befeitigen, daß es schwere imperialistische Konflikte, neues Völkermorden nicht verhindern kann.

Der einzige Ausweg aus der schweren Krise, die nicht nur in Deutschland besteht, der einzige Ausweg aus der immer tieferen Verelendung der Arbeitermassen ist die Befreiung des Kapitalismus, ist die proletarische Revolution.

Wir müssen in allen Ländern gemeinsam kämpfen gegen das Sachverständigen-gutachten, das den Arbeitern neues Elend bringt. Wir müssen den gemeinsamen Kampf gegen den Achtundzestag, für ausreichende Löhne, gegen alle Arbeiterentlassungen, für die Kontrolle und Leitung der Produktion durch die arbeitenden Massen selbst.

Wir entnehmen den Artikel der neuen Nummer des Internationalen Dextilarbeiter-Bulletins („Der rote Dextilarbeiter“) dem Organ des Internationalen Proboganda-Komitees der Dextilarbeiter (RSD.), von dem bisher 10 Nummern erschienen sind. Das Bulletin ist durch den Führer-Verlag, Berlin NW. 6, Spandauerstr. 7 zu beziehen. Preis 10 Pfennige.

## Faule Kompromisse in London. Herrriots Haltung gebilligt. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 11. August.  
Im französischen Ministerrat ist Herrriots Ansicht über die Räumung gebilligt worden. Herrriot hat verlangt, daß die Inhabereien des Sachverständigenplanes das Ruhrgebiet nach und nach geräumt werde. Daß aber Herrriots Ansicht keine Beliebigkeit für das deutsche Proletariat bedeutet, geht daraus hervor, daß Thierhall, Joch Herrriots Ansicht vollkommen gebilligt hat. Joch ist bekanntlich ein strenger Boinecare-Anhänger. Außerdem hat Herrriot selbst erklärt, daß die Räumung nur unter gewissen Bedingungen und unter Durchführung von Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden könne.

## Die deutsche Delegation unterwirft sich. (Eigener Drahtbericht.)

London, 12. August.  
Die deutsche Delegation hat die Beschlüsse des ersten Ausschusses über Sanktionen und Beschlüssen angenommen, nachdem sie ihre Vorbehalte in einem Brief mitteilte. Die deutsche Forderung, die Bezugnahme auf den § 18 des Versailler Vertrages, der sich auf die Handelsfreiheit Frankreichs bezieht, zu streichen, wurde zurückgewiesen.

Die deutsche Delegation hat, wie zu erwarten war, bei einem der wichtigsten Punkte schon kapituliert. Mit der Annahme dieser Beschlüsse hat Deutschland alle Maßnahmen, die Frankreich mit oder ohne Zustimmung der anderen unternehmen wird, im voraus gutgeheißen. Denn auf den § 18 des Versailler Vertrages hat sich Frankreich bei der Befreiung der Ruhr bezogen und auf ihn wird es sich auch bei allen künftigen Sanktionen stützen.

Die deutsche Delegation wird von den amerikanischen Bankiers zur vollen Annahme der Londoner Bedingungen ermannt. Sie seien zur Unterbringung der Anleihe bereit, wenn Deutschland bedingungslos und ohne Einschränkung alles unterzeichnet. Das „Wallstreet-Journal“, die Zeitung der amerikanischen Finanz, erklärt:

Die englischen und amerikanischen Bankiers werden sich nicht abhandeln lassen. Sie haben feste Preise, nicht einen Pfennig geben sie her, es sei denn, Deutschland akzeptiert die Bedingungen der Anleihegeber.

Wenn Deutschland das Londoner Sinfant der Alliierten an, dann würde auch die Anleihe sehr schnell gezeichnet sein. Die Bankiers wollen das Geschäft rasch unter Sach und Joch bringen. Die deutsche Bourgeoisie wird ihnen in London keine Schwierigkeiten machen, sie wird wohl in den anderen Finanzen ebenso rasch kapitulieren wie in der Sanktionsfrage.

## Der Streit um die Räumung des Ruhrgebietes.

Am Sonnabend, abends 9 Uhr, ist Herrriot in Begleitung des Finanzministers Rollet und des Finanzministers Clement in Paris eingetroffen und hat sich sofort ins Außenministerium begeben. Am 10. August tagte im Saal der Ministeriat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumergue. Es handelt sich um die Lösung der Gegensätze im französischen Kabinett über die militärische Räumung der Ruhr.

Die Frage ist bekanntlich in London sogenannten privater Besprechungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland überlassen worden. Sie steht aber zurzeit, obwohl sie offiziell aus der Konferenz nicht behandelt werden darf, im Vordergrund. Zwischen Herrriot und Rollet sollen starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Rollet verlangt für eine beschleunigte militärische Räumung weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse der Deutschen. Außerdem soll er in diesem Zusammenhang die Frage der Neutralisierung des Rheinlandes angesprochen haben.

Im französischen Ministerrat sagte Herrriots Ansicht, und man einige sich dahin, daß Herrriot in den Verhandlungen mit Deutschland den Standpunkt vertreten sollte, daß die Räumung innerhalb 12 Monaten etappenweise vollzogen werden solle (!). Diese Zeit kann auf acht Monate herabgesetzt werden, wenn Deutschland bis dahin die finanziellen Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt habe.

Bei allen Dingen aber wünscht Frankreich den Abschluß eines ihm besonders günstigen Handelsvertrages mit Deutschland. Es wünscht für eine Anzahl von Jahren auf die Zolltarife zu verzichten, die Einfuhr von Waren aus Deutschland zu erleichtern, die Einfuhr von Waren aus Frankreich zu erleichtern. Diese Handelsverträge sind von französischer Seite aus schon besondere Pläne ausgearbeitet worden. Ueber diese Fragen soll in den nächsten Tagen zwischen der französischen Delegation und den deutschen Delegierten in London verhandelt werden.

## Neue Betriebsbedingungen in Schiffs.

Schiffbau. Die Schiffsbau-Industrie hat die letzten Arbeiter die Entlohnung für die nächsten 14 Tage angesetzt. Die Arbeiter der Schiffsbau-Industrie, die auch eine Reparaturwerkstätte für Automobile unterhält, hat ihre Arbeiter bereits vor acht Tagen entlassen.

Sancti. In der heutigen Zeitungsnummer sind in der vergangenen Woche weitere Entlohnungen vorgenommen worden. Jeder Arbeiter der größte Teil der Arbeiter nur 3-4 Tage in der Woche.

Schiffbau. Die gesamten Glasarbeiter des Landes haben sich vor der Entlassung. Abgrenzung der Schiffsbau- und längere Arbeitszeit sind die Forderungen der Arbeiter.

Die Papierarbeiter von Jannowitz sind in der vergangenen Woche vor der Entlassung, weil sie es abgelehnt haben, zu arbeiten.

Die Arbeiter Kubold schlugen am 2. August ihre Forderungen von 150 auf 15.

## Zum Suffiz, der Polizeistandal in Leipzig.

Leipzig, 11. August.  
Die kommunistische Partei hatte für Sonntag die Arbeiter Leipzigs zu einer Protestkundgebung gegen den Justizstandal im Staatsgerichtshof nach dem „Schloßfall“ aufgerufen. In Massen waren die Arbeiter dem Rufe gefolgt.

Nach Schluß der Versammlung, als die Teilnehmer nach Hause gingen, erfolgte ein brutaler Polizeieinsatz. Der Gummimärsch wurde in der rücksichtslosesten Weise über die Straßenpassanten geschwungen. Die Polizei machte auch von der Schußwaffe Gebrauch. Der Genosse Max Hafterton erhielt einen Bauernschuß und wurde tot ins Krankenhaus eingeliefert. Die Herbeiführung eines Arztes verzögerte sich durch die Sabotage der Polizeibeamten. Neben diesem durch Bauchschuß getöteten Arbeiter wurden noch 2 Frauen blutüberströmt ins Krankenhaus eingeliefert. Ferner wurden 8 Arbeiter, darunter ein 14-jähriger seines Weges gehender Junge, sowie Genosse Stöckel verhaftet.

Der Sozialdemokrat Fleißner, hat wiederum Arbeiter gemeldet. Weil die Arbeiter Leipzigs gegen den Blutriedner, den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, demonstrierte, ließ er in die Menge schießen. Der Sozialdemokrat Fleißner kämpft Kiedner.

Inzwischen gehen die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof weiter. Der Staatsanwalt Gnyae veruchte zu leugnen, daß er dem Angeklagten Weischen-Wierlich mit Erbschüssen gedroht habe. Demgegenüber enthält die ganze mittelalterliche Folter, die von der republikanischen Justiz gegen Angeklagte angewendet wird.

Die deutsche Arbeiterschaft erkennt jetzt, wozu dieser Staatsgerichtshof eingesetzt wurde. Eine Guillotine gegen Revolutionäre. Datum stellen sich alle Arbeiter hinter den Antrag, den unsere Fraktion im Reichstag eingebracht hat:

1. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ist sofort aufzuheben.
2. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. Kiedner, ist wegen bewusster Rechtsbengung sofort in Anwesenheit zu verhaften.
3. Die Leiter Kiedners und die übrigen vom Staatsgerichtshof verurteilten politischen Gefangenen sind sofort in Freiheit zu setzen.

## Weißer Nord in Polen.

Gerade zur rechten Zeit wird eine Infamienstellung veröffentlicht, aus der klar hervorgeht, daß sich des Roten Nord-Polen vor dem Häftling-Verfall nicht zu verrecken braucht.

In vergangener Nacht 1923 wurden laut amtlicher Statistik 109 polnische Todesurteile in Polen gefällt und durch die Standgerichte vollstreckt. Diese nächste Zahl der ermordeten Revolutionäre zeigt, daß die polnische Bourgeoisie ebenso rücksichtslos wie die Bourgeoisie der ganzen Welt die Arbeiterklasse niederstößt und den Freiheitsdrang des polnischen Proletariats mit der ihnen geschätztesten Säure in Blut erstickt.

Daß die sozialdemokratische Partei und die polnischen Sozialdemokraten alle Schandtatzen ihrer Regierung ebenso bedecken wie Zentrum und Sozialdemokratie in Frankreich vor die deutsche weiße Justiz stellen, ist schon allgemein bekannt.

Die polnische Regierung macht die größten Anstrengungen, den jetzigen Generalrat abzuschwächen. Sie läßt alle Arbeiter einleiten, bei denen Spitzel feststellen, daß auch nur ein gewöhnlicher Sachverständiger mit irgendeinem Satz eines kommunistischen Flugblattes hat. Der Zier Kuschak ist verhaftet, die Zeitung der kommunistischen Partei wurde verhaftet, alle Betriebsräte, welche sich gegen den Generalratsverrat anschließen, werden verhaftet. Vor kurzem ist ein Jugendgenosse erschossen worden. Da fragt sich das polnische Proletariat: Wenn die Regierung gegen unsere Forderungen ist, wenn die Regierung uns unterdrückt und den Ausbeutern in die Hände liefert — warum verfolgt sie da die polnischen Kommunisten? Und die Antwort geben sich die Arbeiter selbst: weil die Kommunisten

die einzigen sind, welche in Polen die Interessen der Arbeiter vertreten.

So schreibt durch die ständige Aufklärungsarbeit der polnischen Bourgeoisie die Aufklärung der polnischen Arbeiter immer mehr fort.

Wie in Polen, so geht es auch in Deutschland. Oberösterreich aber muß auf beide kapitalistischen Staaten achten. Deshalb ist die Zahl der 109 Erschossenen sehr lehrreich für die heute noch irre geführten Arbeiter in Oberösterreich und sehr wichtig für unsere Genossen bei der Auseinandersetzung mit den Polen.

## Antibolschewismus in Polen.

Die Kattowitzer Zeitung, welche ständig die Geschäfte des polnischen Kapitals besorgt, wenn es gegen die Arbeiter geht, schäumt förmlich vor Kommunistenhege. Nachstehend bringen wir eine Bülletenle von Antibolschewismus, welche sich auf einer einzigen Seite ihrer Nummer 120 befindet. Wir drucken immer Überschrift und einige Sätze jedes Heftartikels.

### Der Balkan in febrilster Erregung.

In Sofia wurde anlässlich einer Hausung bei verschiedenen Kommunistenführern eine Menge belastendes Material vorgefunden, welches auf eine lange Zusammenarbeit mit Masfau hindeutet. Die bulgarischen Kommunisten wollten bei einem Einfall Rußlands in Bessarabien die Sowjetrepublik Bulgarien ausrufen.

Bukarest, 6. 8. Die Pläne der bulgarischen Kommunisten haben in Bukarest und Belgrad große Aufregung hervorgerufen. Der Belagerungsstand wurde in ganz Rumänien verhängt. Belgrad, 6. 8. Für den Fall eines Russeneinfalles drängt die Militärpartei auf sofortige Mobilisierung.

Wien, 6. 8. Man sieht in Wiener Kreisen dem Gang der Ergebnisse am Balkan mit großer Nervosität entgegen.

### Zum Bandenüberfall auf Stolpe.

Warschau, 6. 8. Die Behörden haben einen in ihre Hände gefallenen verwundeten Sowjet-Banden einen Verhör unterzogen. Er verriet folgendes: Die Banden rekrutierten sich aus Leuten, die der Sowjetarmee entkamen und den besonderen Ueberfallsabteilungen einverleibt worden sind.

Die bolschewistische Bande in der Halle.

Warschau, 6. 8. Bei der intensiven Verfolgung der Banden ist festgestellt worden, daß es nur 14 Banditen gelungen ist, die Grenze zu überschreiten, während sich der übrige Teil weislich der Grenze in der Richtung der Sümpfe und Wälder befindet.

### Polnische Note an die Sowjet-Regierung.

Nach beendeten Beratungen begab sich das politische Komitee in die Wohnung des erkrankten Generals Sikorski, wo der weitere Aktionsplan beraten wurde. Minister Führer erklärte, daß der Ueberfall nach allen Regeln der Kriegskunst organisiert war.

### Noch eine 2. Ueberfallsbande.

Warschau, 6. 8. Es wird gemeldet, daß gleichzeitig mit der Bande in Stolpe noch eine andere Bande östlich von Baranowitsch aufgestellt ist und Kambereien ausgeführt hat. U. a. wurden einem Bauern 1130 Dollar geraubt.

### Aufhebung einer kommunistischen Bande.

Warschau, 5. 8. Aus sicherer Quelle erzählt der „Kurier polski“, daß eine neue große Bande aufgedeckt worden ist, deren Sitz zurzeit Grobno ist. Sie gehört der kommunistischen Arbeiterpartei an. Von dieser Bande wurden bereits 21 Personen verhaftet.

Die verbrecherische Hege gegen Rußland und gegen die kommunistische Bevölkerung soll natürlich die Drangsalierung der Bauern durch polnische Regierung und die Erziehung von revolutionären Arbeitern verhindern. Das wird den polnischen Kapitalisten niemals gelingen. Die Polung des weislichen Polen lautet:

Ser mit dem Achtundzestag!

Hande weg von Sowjet-Rußland!



Die neuen Lebensmittelsteigerungen.

Der Interessentenband Breslauer Lebensmittelhersteller protestiert gegen die hohen Schweinepreise und will deshalb den Einkauf auf das Allerniedrigste beschränken. Die Polkwachl schreibt dazu bürgerlich rationierend: Wir wünschen den Breslauer Fleischern guten Erfolg zu ihrem Bestreben, und vergibt ganz dabei, daß die Fleischer aus so jämmerlichen Umständen heraus solche Proteste nicht erheben. Diese wollen, daß auf dem Berliner Viehmarkt die Viehpreise ungeheuer sinken, während es die Schleichhändler und Großschlächtern stehen haben, die Preise hochzubalten. Die Breslauer Fleischer würden gegen eine Erhöhung der Fleischpreise nichts einzuwenden haben, wenn ihnen von den Viehhändlern und Großschlächtern ein entsprechender höherer Gewinn zugestanden würde. Im übrigen hat die Polkwachl das allerwichtigste Recht, sich über die hohen Fleischpreise aufzuregen, ist es doch ihr Fraktionsvorsitzender Sellmann selbst gewesen, der im Landtage erklärt hat, daß seine Fraktion erst auch für die Fleischhölle stimme. Schon die Ankündigung dieser Fleischhölle treibt alles in die Höhe. So ist z. B. das amerikanische Schmalz in 14 Tagen von 65 Pfg. auf 85 Pfg. pro Pfund gestiegen. Nicht nur Fleisch wird teurer, sondern alle Lebensmittel steigen im Preise. Brot ist in 14 Tagen um 10 Pfg. pro Dreihundertrot gestiegen, eine Folge der Ankündigung der Brozhölle. Milch ist ebenfalls im Preise gestiegen.

Die „wohlwollende“ häßliche Erwerbslosenfürsorge.

Uns wird folgendes Schreiben der Erwerbslosenfürsorge vorgelegt: Ihr erneuter Antrag um Gewährung einer Beihilfe aus der „ergänzenden Fürsorge“ muß abgelehnt werden, weil Sie ein wöchentliches Einkommen von 15,10 Mark haben, während Sie bei Vinke-Hofmann nur 14,30 Mark Nettobehalt hatten.

Auf Anordnung: Unterschrift. Durch die Machenschaften des Weitschen-Wierlich während der letzten Jahre, in denen dieser gelehrige Schüler Sörjings-Metallarbeitersekretär war, ist es dazu gekommen, daß die Vinke-Hofmann-Arbeiter so wenig verdienen, daß ihre erwerbslosen Kollegen bei Unterstützungsgesuchen ablehnende Bescheide erhalten. Es ist fernerzuwundern für einen Magistrat für eine Stadtverwaltung, die fünf Jahre von der Sozialdemokratie entscheidend beeinflusst wurde, daß sie jetzt solche, jedem menschlichen Empfinden hohnsprechende Schreiben an die Erwerbslosen richten kann.

Wir hoffen, daß die Vinke-Hofmann-Arbeiter sich eine solche Schmach nicht länger gefallen lassen, daß sie ihre Gewerkschaften dazu zwingen, höhere Löhne für sie zu erkämpfen. Wir erwarten, daß sie bei einer neuen Sabotage ihrer Gewerkschaftsführer vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken und allein den Kampf weiterführen, bis wieder Vinke-Hofmann die höchsten Löhne von Breslau zahlt.

Benanntmachung. Meine viehweidenpolizeiliche Anordnung vom 3. Mai d. J., nach welcher ich über den Stadtkreis Breslau die Hundesperre verhängt habe, sehe ich mit dem 14. August d. J. auf. Bösartige, insbesondere als bittig erklärte Hunde müssen aber gemäß § 61 der Straßenpolizeiverordnung vom 17. Dezember 1923 nach wie vor auf öffentlichen Straßen und an Orten, an denen Menschen verkehren, mit einem über die Schnauze des Hundes hinausreichenden, das Beißen verhindernden Maulkorb versehen sein.

Ferner dürfen nach § 62 derselben Verordnung künftige Hundinnen nicht auf die Straße gelassen werden. Auf den öffentlichen Promenaden sowie in den für die allgemeine Benutzung freigegebenen Park- und Gartenanlagen sowie auf Schmutzplätzen und Schmutzstreifen dürfen Hunde nicht frei umherlaufen. Fernerhalb der Stadt muß jeder Hund mit einer gültigen Steuerkarte versehen sein.

Nach § 11 der Polizeiverordnung vom 24. Dezember 1913 dürfen Hunde in Räumen, in denen Fleisch, Obst und andere Nahrungsmittel und Genussmittel feilgeboten oder ausgebaut werden, nicht gebudelt werden. Auch das Mitbringen von Hunden in solche Räume ist strafbar. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß über die östlich und nördlich der Stadt gelegenen Gemeinden des Landkreises Breslau die Hundesperre erneut bis zum 29. Oktober d. J. verhängt ist.

Der Polizeipräsident.

De. Breslauer Kleinhandelspreis für erstklassige Molkereibutter beträgt in Anlehnung an die Festsetzung der Berliner Butterkontrollkommission von jetzt ab höchstens 1,31 Goldmark, der Kleinhandelspreis für Landbutter beläuft sich demnach auf 1,81 bis 1,92 Goldmark für ein Pfund. Zweitklassige Preise!

Rümpel-Kunze ohne Badehofe.

Richard Kunze (der immer verlangt...) hat sich von den Anstrengungen seiner betrügerischen Agitation in einem Seebade erholen müssen. Und er hat sich Ausgesprochen er verliert Boden unter den Füßen, hängt zwischen Himmel und Erde, statt Juden zu fressen muß er Wasser schlucken und ein in der Nähe weidender jüdischer Paderma macht hilfsbereit sofort den Versuch, der Mittwelt das kostbare Leben Herrn Kunzes zu erhalten.

Herr Kunze schlägt nur Körn in allen Zeitungen, weil es das Ende seiner verhassten politischen Laufbahn bedeuten würde, wenn er tatsächlich sein Leben - man stelle sich vor - einem jüdischen Arzt verdanken sollte. Obgleich uns keine Berücksichtigung nicht angehen wollen wir doch einige Stellen veröffentlichten, um den Ruhm dieses Volksbetrügers zu hellem Glanze zu bringen.

Als läßt sich ein tüchtiger Held verkaufen: Es ist unmöglich, daß ich übermüdet ans Land gezogen wurde. Wahr ist, daß ich auf dem flachen Grund niederlagte, weil ich in der Brandung meine Badehofe verloren hatte und nicht eher das Wasser verließ, bis man mir ein Badeluch gereicht hat.

Es ist unmöglich, daß ich ständig „Helft mir doch“ rief. Wahr ist, daß ich dem Bademeister zurief: „Helfen Sie mir doch heraus“, weil mir die Badehofen auf die Beine heruntergerollt waren und mir die Bewegungsfreiheit raubten.

Richard Kunze. Dieser deutsche Held verlor die Spinnung, als er keinen Grund unter sich fühlte. Aber wie man uns berichtet, hing er doch an einem Seil, welches die Badecanäle abfließt. Jedes Kind hätte sich also an diesem Seil entlang ziehen können. Der deutsche Held zappte und harte nach dem Bademeister. Er verlor vor Schreck die Badehofe. Er riefte ihm auf die Beine und raubte ihm die Bewegungsfreiheit. Diese Badehofe ist sicher eine raffinierte jüdische Mache, eine deutsche Badehofe hätte sich so etwas niemals erlaubt.

Diese lächerlichen Redereien, welche am spänischen Seil hängen und von einer verrückten Badehofe lahm gesetzt werden und vor Angst zapfen, spielen sich als Reiter des deutschen Volkes auf.

Waldburg. Die „Künstlerhilfe“, die sich mit ihrer Resolution für Beibehaltung des Achtstundentages mit den wertigsten Massen solbbar erklärte, veranstaltet am Sonntag, den 16. August, abends 8 Uhr, im „Hotel Schwerl“ einen revolutionären Kunstabend, an dem der Schauspieler Artur Wiesner (Breslau, Nobeltheater) revolutionäre Dichtungen sprechen wird. Der proletarische Künstler sprach vor Zuhörern von Proletariern mit dem größten Erfolg. Es ist revolutionäre Pflicht aller Arbeiter von Waldburg und Umgebung, für Massenbesuch zu sorgen. Der Reinertrag ermöglicht Proletariern einen Genesungsaufenthalt. Eintritt 30 Pfg. Eintrittskarten sind vom Genossen Wagner, Waldburg, Schallstraße 18, zum Vertrieb zu beziehen.

Friedland. Die „Internationale Arbeiterhilfe“ (Künstlerhilfe) veranstaltet am Freitag, den 15. August, abends 8 Uhr, im „Schleischen Hof“ einen Vortrag revolutionärer Dichtungen mit dem Motto: „Platz dem Arbeiter!“ Sprecher ist der Schauspieler Artur Wiesner vom Nobeltheater in Breslau. Der Abend war in Breslau und anderen Orten ein großer Erfolg. Es ist revolutionäre Pflicht, für Massenbesuch zu sorgen, da der Reinertrag der „Künstlerhilfe“ ausschließlich Erwerbslose freien Eintritt.

Friedland. Das „Friedländer Wochenblatt“ berichtet in ihrer Nummer vom 9. August von einem jugendlichen Dieb und fügt die Bemerkung hinzu, daß die Arbeiterchaft die Freilassung dieses Diebes forderte. Dazu teilt uns unser Gewährsmann mit, daß er nur durch falsche Aussagen sich betrogen fühlte, zur Polizei zu gehen, da er nach den Auslagen annehmen mußte, daß es sich bei dem Diebstahl nur um Mundraub handelte. Als Magistratsvertreter hatte er die Pflicht, in einem solchen Falle einen jungen Menschen zu vertreten, um ihn eventuell freizubekommen, zumal der Rechtsbestand hier am Orte sehr mangelhaft ist.

Landeshut. Kurzarbeiterunterstützung wird nicht gewährt. Der Magistrat hat den Versuch unternommen, die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung durchzusetzen. Auf die Anträge an die Regierung, ist ein Bescheid nicht eingegangen. Der Wohlfahrtsminister wendet sich nun öffentlich gegen diese Bestrebungen und verlangt, daß die Gemeinden keine Kurzarbeiterunterstützung gewähren, da dies den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläufe. Die „Schleische Bergwacht“ knüpft daran die sehr bezeichnende Bemerkung: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.“ Es kann nicht genug wiederholt werden, daß es die Sozialdemokratie ist, daß es die Freunde der „Schleischen Bergwacht“ sind, die seit 1919 systematisch vor der Reaktion zurückgewichen sind, die der Reaktion Hintersdienste geleistet haben. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz die Kurzarbeiterunterstützungen beseitigt hat. Die Landeshuter Kurzarbeiter müssen sich das merken und nicht nur die Regierung, sondern auch die Sozialdemokratie für solche Maßnahmen verantwortlich machen. Die gemeinliche Frechheit ist es aber, wenn die „Schleische Bergwacht“ das Volk für solche reaktionäre Maßnahmen der Regierung verantwortlich macht. Das Volk ist 1920 zum größten Teil der Sozialdemokratie nachgelassen und hat durch die Wahl von Sozialdemokraten in den Reichstag erlaubt, daß diese die Volksinteressen am besten vertreten, und diese Vertreter haben das Ermächtigungsgesetz geschlossen.

Hast Du schon deinen Kollegen gesagt, der A.G.B.-Landessekretär Weitschen-Wierlich der Wahrheit kommt man bei den Arbeitern nicht weis, er braucht die Peitsche, die Arbeiter sind nur mit der Peitsche zu regieren!

Freiburg. Wie der Herr Bürgermeister wohnt! Der Bürgermeister von Freiburg, stellvertretender Landrat Dr. Rüper, der angeblich für das Wohl seiner Stadt sehr besorgt ist, es aber noch nicht ermöglichen konnte, daß Hunderte von Familien anständige Wohnungen erhalten wohnt selbst in einer Villa, ein Erbe der Stadt Freiburg von der Kramtschen Welterei. Während sechs bis achtstellige Familien nur ein Zimmer zur Verfügung haben, bewohnt dieser Herr zehn Zimmer und hat, während die Proleten in stinigen Hinterhäusern wohnen müssen, einen wundervollen Park zu seiner Verfügung. Das sind die Leute, die der Arbeiterchaft helfen wollen, aber nichts tun für eine Besserung der arbeitenden Bevölkerung.

Marltissa. Ein Schlag nach dem anderen. Am Freitag, den 3. August, fand hier im Gasthaus „Phönix“ eine öffentliche SPD-Veranstaltung statt. Thema: „Das Sachverständigengutachten.“ In seinen Ausführungen verteidigte der Referent Hugo Eberle, das Sachverständigengutachten von der richtigen Seite zu beleuchten. Es mißlang vollständig. Denn wohl jeder hätte das Gefühl, hier wird bewußt geschwindehelt. Seine ganzen Ausführungen waren nichts weiter wie ein Werben für die SPD, die verlorenen Massen wiederzugewinnen. Zur Diskussion meldeten sich fünf Genossen. Das mochte ihm doch zuviel sein. Nachdem die Genossen Klemm und Lindner die Unterlassungsfünden und den Berrat der SPD aufdeckten, wollte ich als dritter sprechen, wurde aber nicht zugelassen. Paraus Abstimmung der Veranstaltung. Als ich trotzdem nicht zum Worte zugelassen wurde, erhob sich ein Sturm im Saale und wir bestanden darauf, wenn er sich nicht die Diskussionsredner anhören will, darf er auch kein Schlußwort sprechen. Und so wurde es. Während sagte er, in der nächsten Veranstaltung keine Kommunisten zuzulassen. Er mußte auf sein Schlußwort verzichten, nahm während seine Worte und verließ den Saal.

Reiße. Betriebsstilllegung. In Pöschkau hat die Streichholzfabrik Huch ihren Betrieb stillgelegt. Eine große Menge Arbeiter sind beschäftigungslos geworden. In der Maschinenfabrik Riechlich sind weitere 100 Arbeiter entlassen worden.

Ziegenhals. Unfall. Am 6. August geriet der tschechische Premier Divis beim Rangieren zwischen die Räder zweier Wagen. Der Brustkorb wurde ihm zerquetscht und er starb. Die Leiche wurde mit dem nächsten Zuge nach seiner Heimat Nieder-Lindenwiese geschafft.

Kommunistische Umtriebe in den Gewerkschaften.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist die Internationale der kapitalistischen Regierungen. In allen großen Kämpfen der letzten Zeit stand den Amsterdamer das Staatswohl höher als das Klasseninteresse des Proletariats. Die Bourgeoisie weiß diese Tatsache zu schätzen. Die herrschende Klasse betrachtet die reformistischen Gewerkschaftsverbände heute als einen unentbehrlichen Bestandteil des kapitalistischen Staates, als staatsergänzende Organisation.

Diese Rolle der reformistischen Gewerkschaften wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 6. August charakteristisch gekennzeichnet in einem Aufsatz, der die Reichsregierung auffordert, gegen die „Hydra“ des Kommunismus in Deutschland mit den härtesten Gewaltmaßnahmen vorzugehen. In dem Aufsatz heißt es:

Die Inzenterung umfangreicher Straßendemonstrationen, die stattfinden und Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht herbeiführen sollen, bildet nur den Anfang. In Zukunft werden die Umtriebe in den Gewerkschaften...

Der Beilartler des Stinnesorgans als Sachwalter der freien Gewerkschaften! Der Schlächtruf „Kommunistische Umtriebe gegen den kapitalistischen Staat“ wird auf die Gewerkschaften übertragen: „Kommunistische Umtriebe in den Gewerkschaften“. Das beweist die Fürsorge der kapitalistischen Klopfflechter für die Amsterdamer Gewerkschaften. Sie bewacht, daß die herrschende Klasse besser erkennt, wie mancher Arbeiter, wach ungeheuer gefährliche Masse revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen in den Händen des Proletariats sind. Die Furcht der Bourgeoisie, die konterrevolutionäre Rolle der reformistischen Gewerkschaften könnte durch die Kommunisten in eine revolutionäre verwandelt werden, ist ungeheuer groß. Diese Furcht veranlaßt die Beherrschenden, den Staatsapparat in den Dienst der Gewerkschaftshaltung zu stellen. Diese Furcht liefert den Verbänden und Konforten zum Herauswurf revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften die Exekutivgewalt des kapitalistischen Staates, Polizei und Justiz.

Wir erinnern die Arbeiterchaft gelegentlich dieses Auftrages der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ an die Tatsache, welche ausschlaggebende Rolle die Gewerkschaften in der Revolution spielen. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, um dem reformistischen Verrat ein Ende zu machen und die Gewerkschaften in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen.

Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Köln. Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat sich erneut schriftlich an die Bauergewerkschaft gewandt mit der Forderung, angeht des Kampfes sofort in Verhandlungen einzutreten für die bedingungslose Wiedervereinigung. Die reformistischen Führer haben diese Forderung abgelehnt.

Seit nachmittag 3 Uhr fand eine von der Streikleitung des freigewerkschaftlichen Zimmererverbandes einberufene allgemeine Versammlung aller im Bauerverbände beschäftigten Arbeiter statt. Die Streikleitung der Bauergewerkschaft war auch zu dieser Versammlung eingeladen. Sie lehnte es ab mit der Begründung, daß das gegen ihre Statuten sei. Die Versammlung selbst zeigte den entschlossenen Willen der Bauarbeiter, den Streik liegreich zu beenden. Alle Redner des Verbandes, der ausgegliederten Bauarbeiter forderten die Wiedervereinigung mit der Gewerkschaft, allerdings bedingungslos ohne Maulkorb und Ketten.

Die Gewerkschaftsbonzen von Schmiedeberg i. A.

Die kombinierte Sitzung der Kartellbelegierten Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte vom 4. August war für einen selbständig denkenden Arbeiter wirklich interessant, denn hier zeigten sich die verschiedenen Größen in ihrer ganzen Nacktheit. Man konnte wieder einmal so richtig beobachten, wie die Gewerkschaftsbürokraten über die Arbeiterklasse, der sie aus dem Glend herausheben sollen, denken. Nach einigen gekünstelten Mitteilungen sprach der Angestellte Steinhilf vom Fabrikarbeiterverband über die Neuwahl zu den Kartellstellen. Seine Ausführungen richteten sich gegen die hohen Vertretungsorgane und gegen die nach seiner Meinung manamahl unzulässige Inanspruchnahme der Ärzte von seiten der Mitglieder. Die nun folgende Aussprache war sehr bezeichnend. Der Gewerkschaftsangehörte Reimann empfahl ausfüllend: Vorzüge über Vertretungsbürokraten zu halten. Er sprach ferner von Unterernährung als Folge des Krieges, Wohnungsnot und dergleichen. Wer trägt denn die Hauptlast daran? Wer jagte die Proleten für's Bierland (Weidach) ins Völkermorden? Wer forderte auf und zahlte selbst Gewerkschaftsgelder für die Kriegsanleihe zur Verlängerung des Krieges? Wer unterband jeden Streik, um die Front nicht zu erschüttern? Jetzt kommen die Gewerkschaftsführer, die Patentpatzisten und fragen die Arbeiter herrschaftlich, wie es ihnen in dem Glend ergeht. Von einem Kampf gegen das System, in dem es einzelnen Vertreten möglich ist, Ausbeuter, Katt Helfer der Kranten und Steden zu sein, hört man kein Wort. Reimann empfahl einen Protest des ganzen Volkes an die Regierung, damit diese Abhilfe schafft. O Ihr Schiffe, was erhofft ihr von dort? Die nächsten Monate werden es bringen. Es wird eine noch größere Vertiefung der Notlage kommen, aber ihr wollt ja nicht kämpfen, weil ihr zu feige seid. Nieher häuft ihr Verrat auf Verrat als mit uns revolutionären Arbeitern das veraltete kapitalistische System zu kürzen. Im kommunistischen Staat wird es keine Ausbeuter mehr geben, da ist auch der Arzt ein Angehörter des Staates.

Die niegeprüfene politische Neutralität der Gewerkschaften kam so richtig zum Vorschein bei der Anfrage des Kollegen Harkel: „Ob sich der Ortsausschuss an der Vertikalmarsch und dem Umzug beteiligt.“ H. hält dies für selbstverständlich, daß jeder wahre Republikaner daran teilnimmt. Alle Arbeiter forderte er auf, am Sonntag mit dem neuen Stahlhelm „Schwarz-Rot-Gold“ zu demonstrieren.

Genosse Kobens gab für die Kommunisten die Erklärung ab, daß wir die Verfassung nicht anerkennen und folglich auch nicht an dem Umzug teilnehmen werden. In kurzen, scharfen Worten begründete unter Genosse diese Erklärung und riefte dabei die freieste aller Republiken ins rechte Licht. Samt ihren Stützen. Eine Republik, in der christliche Arbeiter verbürgern und freieren, in der revolutionäre Arbeiter vogelfrei sind, in welcher sich die Keinerung zum Büttel der Entenkapitalisten anbietet, eine solche Republik können wir nur bekämpfen.

Der so „äußerst wichtige“ Vortragende Nibel wollte unserem Genossen das Wort entziehen und mußte sich aber von der Versammlung eines Besseren belehren lassen. Die Kommunistenhege, welche dann von seiten der Gewerkschaftsbürokraten einsetzte, entbrach so richtig der Angst um die noch vorhandenen SPD-Schäfschen.

Den Schmiedeberger Arbeitern rufen wir zu, beteiligt euch noch mehr als bisher am gewerkschaftlichen und politischen Leben kommt in die Sitzungen und Versammlungen. Hört gut zu und urteilt dann selber. Dann wird euch die Erkenntnis kommen, daß die Kommunisten diejenigen sind, die es ernst meinen mit der Beseitigung des kapitalistischen Systems. Schließt eu Gunstern Ketten an, kämpft mit uns denn die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Ein Schmiedeberger Arbeiter.



# Eine proletarische Kindertragödie

und was die bürgerlich-sozialdemokratische Presse dazu sagt.

„Dem zwölfjährigen Schulfknaben Wilhelm Pinnemann hatte die Mutter den verlangten Sonntagsanflug verweigert. Der Knabe stieg darauf in den Holzstall und erhängte sich.“

Diese trockenen Zeilen standen in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen des Bezirks Weiskens-Plauen. Und man wird fragen: Was kann eine solche Notiz bedeuten angesichts der Tatsache, daß täglich Hunderte von Menschen wegen schlimmerer Dinge Selbstmord begehen? Aus dieser Mitteilung schlägt in Wahrheit gleich einer Kieselkugel die Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, die eine neue Generation Proletarier würgt und droffelt.

Die Ueberschriften zu der Meldung enthalten alle Rohheit und Bosheit einer bürgerlich-individualistischen Bürgerseele. Und hier steht gerade die sozialdemokratische Zeitung, die „Mansfelder Volkszeitung“, die mit dem hallischen „Vollblatt“ identisch ist. Den Vogel ab. Es schreibt:

„Aus Trotz in den Tod gegangen.“

Das „Naumburger Tageblatt“ will dahinter nicht zurückbleiben und lächelt leichtfertig: „Schnell entschlossen“, und dann folgt nach beiden Stüchseiten die Verklärung dieser furchtbaren Tatsache.

Da entschließt sich der Vater des toten Knaben und schreibt an die bürgerliche Zeitung, an die er wohl noch glaubt:

„Die Angabe, es sei seinem Sohne auf Bitten die Herausgabe des Sonntagsanfluges verweigert, treffen nicht zu, da der Knabe gar keinen Sonntagsanflug besaß. Um an einem Kinderfest teilnehmen zu können, sprach er die Bitte aus, ihm einen Anflug zu kaufen. Die Eltern wollten nicht, aber die Eltern, deren Familie aus 11 Köpfen besteht, nicht stattgeben. Daraufhin sei der Sohn unbemerkt hinausgegangen und habe sich an der Holzstalltür erhängt.“

Wie unsere ermordeten Führer, wie die Tausende namenloser Proletarier, die der Weissen Bestie zum Opfer gefallen sind, so ist dieses Kind ein Märtyrer für das Proletariat. Wieviel Qual muß vorhergegangen sein in solchem Jungen, wieviel Verachtung muß er von Seiten der „besseren“ Kinder erlebt, wieviel Zurücksetzung empfunden haben. Er hatte keinen Sonntagsanflug. Die bürgerlichen Millionenweilen werden salbungsvoll zu ihm im Fall sprechen: er hätte zufrieden sein müssen, daß er überhaupt einen Anflug hatte, er solle doch an seine zehn Geschwister denken. Die zehn Geschwister werden ebenso wenig wie der zwölfjährige Wilhelm Pinnemann einen besseren Anflug haben und keine verhungerte Süßlein sein. Und mit welcher Verzweiflung werden die Eltern

versucht haben, dem Kinde klarzumachen, daß sie ihm keinen Anflug kaufen können. Vielleicht wissen sie selbst nicht einmal, warum sie es nicht konnten.

Proletarierkinder! Die Ihr Eltern Kindern nicht das geben könnt, was Kindern zukommt, die Ihr eure Kinder täglich erleben lassen müß, wie Bourgeoisikinder in Ueberfluß leben.

Erkennt die Gefahr! Auch euren Kindern kann geschehen, was der zwölfjährige Wilhelm Pinnemann sich angetan hat.

Hier helfen keine Quäkerpeisung und keine gestrickten Wollstrümpfe „sozial“ sich gebärdender Bourgeoisfrauen. Habt Klaffenbewußtheit! Prägt es euren Kindern ein. Ihr seht, sie denken nach über all das Elend, grämen sich genau wie die Erwachsenen darüber und suchen einen Ausweg daraus. Wilhelm Pinnemann hat gewußt, daß er nie im Leben einen Sonntagsanflug haben werde. Er wußte nicht, worauf er noch warten sollte. Er wußte nicht, daß er hätte helfen können, den Kindern, die nach ihm kommen würden, einmal neue Anzüge und ein besseres Leben als das seinige zu schaffen.

Die Bedürfnisse und Wünsche der Arbeiterkinder sind ja so gering. Die bürgerliche Klasse hat ihnen in den Schulen Genügsamkeit gepredigt. Zu Hause leben sie, die im Kriege oder noch später geboren wurden, nur Not und Entbehrung. Sie wissen gar nicht, was sie alles brauchen, um wirkliche Menschen zu sein, und deshalb konnte es geschehen, daß ein Kind wegen einer so „geringfügigen“ Sache, wie dem Kauf eines Anfluges, seinem Leben ein Ende macht. Die Kinderseele, von deren Bunttheit und Phantasie die Spießer immer fasziniert sind, ist eingeeignet in den Dunst einer Wohnküche, in den Staub einer Straße oder eines Hofes.

Wilhelm Pinnemann, der zwölfjährige Bruder von zehn Geschwister, steht an der Spitze eines wahren Kinderkreuzzuges. Alle die entkräfteten und abgemagerten Gestalten tauchen hinter ihm auf, und es wird ihnen

ein endloser Zug der vom Kapitalismus ausgebeuteten und beiseite geworfenen Kinder

folgen. Die Regierung hat ja bereits die Gesetze, die die Kinderarbeit verboten, aufgehoben. Sie wird die Arbeiterkinder in Deutschland mit der hinter Maschinen stellen, um für den internationalen Kapitalismus ihrerseits an der Erfüllung des Dawes-Gutachtens mitzuwirken, um zu der „Wiedergutmachung“ beizutragen, was Ludendorff und die anderen größtenwahnwinnigen Massenführer am heiligen Kapital der Ententeländer gesündigt haben. Oder sie müssen auf dem Rücken

in glühender Sonnenhitze litten und für die Junker Süderböden herausziehen, damit der nachher den Junker ins „feindliche Ausland“ für teures Geld verkaufen kann. Und unzählige dieser Kinder werden noch an ihre qualvollen Leben verzweifeln und sich selbst entleiben.

Das ist der Zukunftsweg für die Proletarierkinder. Er wird gegangen werden, wenn das Proletariat sich nicht aufrafft und dem ganzen kapitalistischen System ein Ende macht. Euch und euren Kindern kann nur geholfen werden durch die Eringung der Diktatur des Proletariats.

## Die Folgen der verschärften Bergarbeiterausbeutung bei den Kindern.

Aus Felshammer wird uns geschrieben: In welcher außerordentlich belorgnisserregendem Zustand sich die Jugend des hiesigen Industriebezirks befindet, geht aus dem Ergebnis der Untersuchung hervor, welche anlässlich der Wiedereinführung der Schulförderleistung ärztlicherseits vorgenommen wurde. Von 762 untersuchten Kindern sind 115 als tuberkuloseverdächtig befunden worden. 64 Kinder leiden an Asthma und 52 an Nervenstörungen.

So meißel kommentarlos die bürgerliche Presse und die schlesische Bergwacht hat für diese Zustände nur die Worte übrig: Die Regierung solle für Abhilfe sorgen! Die Freunde der „Schlesischen Bergwacht“ haben durch ihre arbeitserfindliche Politik während der letzten zehn Jahre solche Zustände ermöglicht. Wenn sie jetzt von der Regierung Abhilfe erwarten, das nur Schaumflügelerei. Eine Regierung, die nur die Aufgabe übernommen hat, die beherrschende Klasse zu unterdrücken und auszulaugen im Interesse der herrschenden Klasse, wird keinen Finger krümmen, um den Arbeiterkindern bessere Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Regierung hat ja alle Wohlhabenszuschüsse stark reduziert oder ganz gestrichen und hat nichts für solche Zwecke übrig.

Es ist Aufgabe der kommunistischen Gemeindevertreter in Felshammer, vom gesamten Waldenburger Gebiet, von ganz Schlesien, in der nächsten Ortsparlamentssitzung zu fordern, daß den unterernährten Kindern aus Gemeindegeldern Milch, fettenthaltende Lebensmittel und warme Kleidung für den Winter gewährt werden. Darüber hinaus müssen die Arbeiter selbst für höhere Löhne kämpfen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Reichardt, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Proletkultgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Peubag-Berlin, Filiale Breslau.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. Ring 2545.  
Heute  
und täglich 8 Uhr:  
Erstauspiel  
des Wiener Monarchen  
Theaters  
„Wien gib acht!“  
Große Ausstattungs-  
Revue in 11 Bildern.

**Anzüge**  
Mäntel  
aus eigenem Werkstoff,  
zu billigen Preisen,  
zeitgemäß, gestanzt.  
**Paul Winkler**  
Königsplatz 5, 1. Etg.

**Veranstaltungskalender**  
Breslau, K. J. Ketz's Nord. Tennishaus, 14 August  
Eisenbahn: große Minusmenschen. Treff-  
punkt abends 7 Uhr, Seidenstraße 19.  
Freitag, den 15. August, Feiernabend. Treffpunkt  
abends 7,30 Uhr, Seidenstraße.  
Sonntag, den 17. August, Hebräerabend der Schar-  
sabener des Bezirks. Treffpunkt abends 6 Uhr,  
Friedländerstr., von da 8 Uhr nach dem Be-  
zirkstempel.  
Bezirk Weiskens. Freitag, den 15. August,  
abends 7,30 Uhr im Lokal der Scharsabener  
Friedländerstr. 79. Abends eine weitere Bezirks-  
versammlung. Alle in dem Bezirk lebende  
Jungen haben unbedingt zu erscheinen.  
Bezirk Weiskens. Sonntag, den 17. August, Fei-  
erabend und Minusmenschen. Treff-  
punkt abends 8 Uhr morgens. Treffpunkt  
Friedländerstr. 79. Abends eine weitere Bezirks-  
versammlung. Alle in dem Bezirk lebenden  
Jungen haben unbedingt zu erscheinen.  
Bezirk Weiskens. Sonntag, den 17. August,  
Feiernabend und Minusmenschen. Treff-  
punkt abends 8 Uhr morgens. Treffpunkt  
Friedländerstr. 79. Abends eine weitere Bezirks-  
versammlung. Alle in dem Bezirk lebenden  
Jungen haben unbedingt zu erscheinen.

**Amtl. Bekanntmachung**  
von Dittersbach.  
Der Turm der evangelischen Kirche in  
Dittersbach und die durch Gerüst ge-  
kennzeichnete Stelle auf dem Hainberg  
sind durch das Reichsanwalt für Landes-  
aufnahme als trigonometrische Punkte be-  
zeichnet worden.  
Wir bringen dies hiermit mit dem Be-  
merken zur öffentlichen Kenntnis, daß  
Verletzungen oder Beschädigungen auf  
Grund der gesetzlichen Bestimmungen be-  
straft werden.  
Dittersbach, den 9. August 1924.  
Der Gemeindevorsteher-Stellvertre-  
ter: Koepler.

Lelet und verbreitet die  
**Schles. Arbeiter-Zeitung!**

**Waldenburg, Hotel Schwert**  
Sonntag, den 16. August 1924, abends 8 Uhr,  
Sonntag, den 17. August 1924, vormittags 9 Uhr:  
**8 Stunden Arbeit**  
Meeting der „Künstlerhilfe“  
Eintritt 30 Pf.  
zugunsten der „Kinderhilfe“.

**Kommunistische Stadtverordnete u. Gemeindevertreter**  
Ihr müßt unbedingt abonnieren:  
**„Die Kommune“**  
Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich  
Preis pro Exemplar 0,20 Mk.  
**Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau**  
Trebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

**Beachtet unser**  
**Inserenten!**  
**Zurückgetehrt**  
**Dr. H. Koitonski**  
**Frauenarzt**  
Rene Zalkenstr. 13  
**PEUVAG**  
Papier- Erzeugungs-  
und Verwertungs-  
Aktien-Gesellschaft  
Berlin  
Filiale Breslau  
Trebnitzer Str. 50  
Abteilung:  
Buchdruckerei  
Wir stellen hier  
bei billiger Berechnung  
**Programme**  
**Eintrittskarten**  
**Briefbogen**  
**Plakate**  
**Rechnungen**  
**Flugblätter**  
kurz alle Drucksachen  
für  
Private, Vereine  
und Behörden

## Waldenburg-Altwasser

**Bahnhofs-Drogerie**  
**H. HELLMANN**  
Altwasser  
Drogen, Farben, Chemikalien  
Seifen und Parfümerien

**Papierhaus**  
**FRITZ GRUHN**  
Sandstraße 3

**Paul Hiltman**  
Waldenburg-Altwasser  
Charlottenbrunner Straße Nr. 104  
empfiehlt seine  
**Polster- u. Lederwaren**  
Eigene Werkstatt

**Konfektionshaus**  
**Max Silbermann**  
Herren- und Knaben-  
Bekleidung

**Photographie**  
**Rudt Mai**  
Kathausplatz 10  
Anfertigung von erstklassigen  
Aufnahmen u. Vergrößerungen

**P. Heintz**  
**Sindermann**  
Altwasser  
Charlottenbrunner  
Straße Nr. 24  
**Weiß-, Woll- u.**  
**Schnittwaren**

**Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus**  
Maschinen-Reparatur-Werkstatt  
**Kolbe & Guder**  
Ober-Altwasser  
Charlottenbrunner Straße Nr. 152  
Telephon 741

**Karl Otto**  
Altwasser  
Charlottenbrunner  
Straße 53  
**Arbeitsschule**  
**Ledersohlen**  
und **Schnell-**  
**besohlanstalt**

**D. KORN**  
Waldenburg, Friedländer Straße 10  
**Herren-Konfektion**  
Alleinverkauf der Firma  
Louis Mosberg, Bielefeld

**Kolonialwaren**  
**Zigarren und Zigaretten**  
empfehlen  
**Georg Sindermann**  
Altwasser, Breslauer Strasse 58

**Kaufhaus**  
**Max Holzer**  
Waldenburg  
Friedländer Strasse 10

**Reserviert**

**Paul Brauner, Warenhandlung**  
Waldenburg-Altwasser  
Breslauer Straße Nr. 60  
Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren  
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn,  
Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel



Stimmen für gewerkschaftliche Einheit zum Kampf gegen das Sachverständigengutachten

Der 4. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Stimmen erklärt in seiner Rede: Der Ruhrkrieg sei der erste Schlag des internationalen Kapitalismus gegen den kampfbereitesten Teil des Proletariats...

Nach meiner festen Überzeugung ist es darum vor allem die Pflicht dieses Kongresses, sich eindeutig und ohne Vorbehalte gegen die Annahme des Sachverständigenberichts...

Ich gehe weiter und erkläre, daß dieser Kongress sich daran mache, wenn er öffentlich aussprechen würde, daß die Vertreter des Transport-Proletariats jede sogenannte Reparationsabklärung ablehnen...

Er schließt seine Ausführungen mit den Worten, die er seinen Freunden, die ihn vor kurzem aus der Amsterdamer Internationale ausgeschickt haben...

Nur Unverständnis und Blindheit können den Sachverständigenbericht und die in ihm vorgeschlagene Regelung der Wiedergutmachung mit Freuden und Genugtuung begrüßen...

Merkwürdig gibt er sich keinen Illusionen über die Eigenschaften der Amsterdamer Bürokraten hin...

„Ich befürchte, daß es bei vielen in unserer Arbeiterbewegung noch schlechter steht: Daß sie alles vergessen und nichts gelernt haben. Daß sie vergessen haben alles, was die Kriegs- und Nachkriegsjahre den Arbeitern gebracht haben.“

Zum Schluß geht Stimmen auf die drohende Kriegsgefahr ein und sagt: „Wo sich aber die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten zu einem Kriege zu erweitern drohen, werden wir uns nicht damit begnügen, die Hände in den Schoß zu legen...“

Das Entgegen der Reformisten.

Die von starker Begeisterung getragenen Ausführungen Stimmens verfehlten naturgemäß die verträglichsten Reformisten in begreifliche Aufregung.

Anschließend begründete Franckh im Namen der französischen Seelente eine Resolution, die I.F.F. möge für die vereinigten Staaten Europas Propaganda machen.

Hersan (England) fragt in aller Bescheidenheit, ob vielleicht Mussolini und Sowjetrußland miteinander die vereinigten Staaten bilden sollten.

Freitag vormittag referiert Döring (Deutschland) über den Nachmittagsabend. Mit endlosen historischen Abschweifungen versucht er vergeblich, die Tatsache zu verschleiern, daß er über den Kampf um den Nachmittagsabend in den letzten Monaten nichts zu sagen weiß.

In der Diskussion nimmt der DGB-Vorsitzende Scheffel Gelegenheit, die übliche Kommunistenbeize vorzuführen.

In den Nachmittagsstunden entspinnt sich eine lebhafteste Debatte beim Bericht über die Frage der Berliner Konferenz. Günzart greift Stimmen persönlich an, daß er mit den Kommunisten in Berlin zusammengewandert sei.

Um die Aufnahme der Russen.

Der Engländer Manahan I hält die Verhandlungen und die Aufnahme der russischen Transportarbeiter für eine unbedingte Notwendigkeit, man solle aber nicht gleichzeitig die Organisationen aufnehmen, die sich von den anderen abgesplittet haben.

Cardelli (Italien) nimmt Stimmen in Schutz. Darauf spricht der tschechische Reformist Brodsky, der zur Umwechslung die revolutionäre Weise aufgepasst hat.

Nach Auffassung Brodsky's hätten die Kommunisten ihre Gewerkschaftstaktik in der letzten Zeit geändert, während sie vor kurzer Zeit noch durch Putz versuchten, die Macht der Kapitalisten zu schwächen...

Das Generatratsmitglied Sothade (Deutschland) greift Stimmen scharf persönlich an. Stimmen weist, ohne auf die politischen Differenzen einzugehen, diese Angriffe zurück.

Zum Schluß der Sitzung dankt Schumann (Deutschland) den ausländischen Organisationen für die erwiesene finanzielle Hilfe.

Die Exekutive des Transportarbeiterverbandes hat die Zulassung der revolutionären Delegierten, mit Ausnahme der Russen, abgelehnt. Die revolutionären Delegierten werden zu dieser Ablehnung noch heute Stellung nehmen.

Die Tagung des Reichsarbeitsausschusses der revolutionären Gewerkschaftler Deutschlands.

Am 8. August trat der Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschaftler Deutschlands in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des 3. Weltkongresses der Roten Gewerkschafts-Internationalen entgegenzunehmen.

Nach einem umfassenden und ausführlichen Bericht des Generalsekretärs und nach einer sehr lebhaften Diskussion über die Durchführung der vom Kongreß gefaßten Beschlüsse wurde die vom Präsidium vorgelegte Resolution...

Der Reichsarbeitsausschuß beauftragte das Präsidium, mit allen selbständigen Verbänden Verhandlungen zu führen über die beste Art der Durchführung der Kongreßbeschlüsse...

Die in der Vereiniung begriffenen selbständigen Metallarbeitergruppen der Union und der Industriegruppe Metall hatten den Reichsarbeitsausschuß angerufen...

Der Reichsarbeitsausschuß beschloß ferner, daß für die Folge alle Redakteure der Zeitungen der selbständigen Verbände zur Teilnahme an allen Sitzungen des R.A.A. verpflichtet werden sollen.

Die abschließende Verhandlung des Plenums des Reichsarbeitsausschusses war getragen von einem kameradschaftlichen und revolutionären Geist, der die Gewähr bietet, daß die auf dem Weltkongreß der Roten Gewerkschafts-Internationalen gefaßten Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse in kürzester Zeit auch in Deutschland durchgeführt sein werden zum Segen der deutschen Arbeiterklasse.

Farbige Winde.

Erzählung von Wassowod Iwanow. Verlag: Carl Heyne Verlag, Louis Schönbach, Hamburg 21

Er öffnete das Tor, glättete den nassen Rücken des Pferdes und begann auszuspannen. Während er das Kummel löste, rief er unter dem Halle des Pferdes hervor:

„Geh in die Stube, Wikrat Jessimtsch! Ich will nur den Gaul in Ordnung bringen und dann heiße ich den Samowar ein.“

Nastahja Maximowna fragte schüchtern: „Wohin hat uns der Krummhaue gebracht, Wikratulshka? Gefährlich sieht's hier aus...“

„Mit leichten Schritten stieg Wikrat Jessimtsch die Treppe hinauf und rief: „Kummel, die Frau fragt, ob man uns zu Räubern gebracht hat?“

Die Pferdemaße aus dem Kummel lösend, antwortete das Bäuerlein etwas mit undeutlicher Stimme: „Das Pferd redet sich müde und wieherts wohl.“

In der Stube roch es nach Leder und Wachs. Das Bäuerlein kam hereingelaufen und kletterte unter das Bett: „Ein Kreuzungslind ist es, wenn man keine Weiber im Haus hat! Nicht einmal Späne hat man zum Anheizen!“

„Und wo ist deine Frau?“ fragte Nastahja Maximowna. Das Bäuerlein wuschelte sich den Schweiß von der Stirn und sagte grinsend:

„Man hat sie erschossen, Maximowna. Der ganze Kopf ist geplagt. Ein Sprenggeschloß nennen sie das. Weg war die Frau.“

„Wer hat sie erschossen?“ „Unter Kreis hat gemeutert, wir wollten von Kolschal nichts wissen. Die Kolschen wahrscheinlich, ich war nicht dabei.“

Der Serbe trat ein. Ihm folgte ein Langer, Kassierer, mit dunklen Augen, im kurzen englischen Militärmantel. Ohne die Mütze abzunehmen, drückte der lange Mann hart Wikrat Jessimtsch's Hand und legte sich zum Tisch.

„Militin. Der Vorgelehte...“ „Revo!“, fügte hinzu, ringsum Raumtsch bei. „Der da, Zefimtsch, der Revo, ist einer von den unsrigen, ein Russe! Sprich mit ihm von deinem Glauben...“

Militin fragte: „Aus Talika?“ „Aus Talika, Bursche.“ Scharf, als zerleinerte er Nadelstiche, fragte er: „Revo?“

„Wer bringt du uns?“ „Ich bin allein... Ich habe niemand.“ „Niemand? Und was ist's mit deinem Glauben? Wer sind deine Leute?“

„Es kamen nur Stiche und Krante zu mir.“ „Die brauchen wir nicht.“ Wikrat Jessimtsch schwieg. Tiefblau war sein Bart, die Stimme hart:

„Ich bin gekommen, um mich umzusehen. Das Haus habe ich verlassen.“ „Bleibe eine Weile hier und sieh dich um... Wenn du fortkommst und uns anzeigst — schlagen wir dich tot.“

Er stellte das Glas hin, erhob sich — lang in seinem hellgrünen Mantel. Des Serben dunkles Auge strich über sein Gesicht. Wikrat Jessimtsch lächelte freudig.

Militin verließ die Stube unhörbar aufstrebend, wie ein Blatt, das über die Erde fegt. Raumtsch sagte augenzwinkernd: „Den habe ich ausfindig gemacht... Das ist ein tüchtiger Revo!“

Er hob die Faust und fügte hinzu: „Ein Berg!“ Es roch nach Leder und Schaffellen, die an Pfeilern unter der Decke hingen.

Die Beratung des Stabes fand in der Scheune statt. Wikrat Jessimtsch sah auf dem Hofeinstellen. Die Bauern lagen auf Fildeden. Ein junger Bursche mit weitem Samurhart sprach heilig:

„Die Offiziere nehmen den neuen Ansiedlern ihre Ländereien fort und geben sie den Kirassen, weil die Kirassen sich für die wilden Divisionen Kolschals anwerben lassen. Die Ansiedler wollen aber mit Rußland nicht kämufen — es ist unsere Heimat, sagen sie, wir wollen nicht...“

„Das ist recht!“ sagte der rotbärtige Raumtsch. „Wir müssen also Agitatoren zu den Ansiedlern schicken, damit sie über den Zustand unterrichtet sind und hierher zur Fruchtschütte kommen...“

„Ohne Agitatoren geht das nicht...“ „Sagt ihr es verstanden?“ Von oben, von den Leitern roch es lauer nach Schaffellen.

Der Rotbärtige stieß Wikrat Jessimtsch mit dem Ellenbogen an. „Weißt, Jessimtsch, diese Schaffelle stammen noch von dem Kaufmann Kalmow. Wir haben sie gut verwahrt...“

Und du sagst — wir seien Räuber!“ Wähliglich lachte er durchdringend: „Das hast du richtig gesagt, Wikrat! Die neuen Ansiedler wissen nicht, was sie tun sollen! Wir müssen Agitatoren zu ihnen schicken!“

Die Bauern begannen gleichzeitig zu sprechen. An ihren Zigaretten eilig saugend, kamen noch drei herein. Militin stand an die Wand gelehnt und betrachtete hartnäckig Wikrat Jessimtsch. Im grellen Licht schien sein Gesicht grünlich-gelb. Die feinen dünnen Augenlider schimmerten dunkel.

Aus der Scheune heraustretend, sagte der Rotbärtige begeistert zu Wikrat Jessimtsch: „Hast du gesehen, wie er die Maschine aufgezogen hat! Ich hab's ihnen doch gesagt, daß dieser Militin ein echter Bolschewist ist! Und diese Schaffstöße wollten es nicht glauben.“

Er nahm die Mütze ab, schlug sich auf die rechte Wange und rief: „Ich habe Geführt hier — da trinken.“ Und sich zu keinem Ohr neigend, flüsterte er: „Ich weiß schon, Jessimtsch, du wirst Militin nicht zu deinem Glauben bekehren. Ein schlauer Hund ist er!... Ich werde dir etwas sagen — bleibe du hier, und ich werde den Bauern sagen, daß sie dir hier eine Kapelle oder ein Kloster bauen...“

Kammt dann beten, soviel du willst! Warum sollen wir es nicht tun, Jessimtsch. Wir kennen alles!“ Seine Knie raschelten im trockenen Gras, als er davon lief, um die Bauern einzuholen.

Seller zitronenfarbener Staub dampfte über den Menschen. Vom Waldraum her roch es nach Espenlaub. Die Bauern hatten schwere, gestraffte Gesichter, als bereiteten sie sich auf die Frühjahrszeit vor.

Auf gepressten Beinen regungslos stehend, erwartete ihn Wikrat an der Haustreppe.



## Die Morgan-Kontrolle der deutschen Finanzen und Steuern.

I. E. L. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz verhalten sich zum Dawes-Plan wie die Ausführungsverordnungen eines Gesetzes zum Gesetz. Das Gesetz gibt die schönen allgemeinen Regeln an. Die Ausführungsverordnung steigt von der Höhe des Prinzips herunter in die rauhe Wirklichkeit der Praxis. Artikel 48 der am 11. August jubelnden Weimarer Verfassung verwandelt die Theorie der bürgerlichen Demokratie in die Praxis des Belagerungszustandes. Die Londoner Beschlüsse verwandeln die Grundsätze des Dawes-Planes von der Befriedung und Interessenharmonie aller Völker in die Praxis brutalster Knechtung und Ausbeutung der deutschen Massen durch die imperialistischen Räuber in Newyork, London und Paris. Die Praxis von London setzt in die Wirklichkeit um, was von Anfang an hinter allen pazifistischen Phrasen der Inhalt des Dawes-Planes gewesen ist. Sie enthüllt daß es sich bei der Regelung der Reparationen, die das Gutachten sich zum Ziel setzt, nicht um das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner, sondern um imperialistische Machtkämpfe handelt, bei denen die Zahlungen zu einem Mittel der Unterjochung der Arbeitenden Deutschlands und der Kapitalmagnaten der Welt werden.

Das ist alles mit Händen zu greifen bei den bis heute ungelösten Konflikten um die Sanktionen, die Ruhrbesetzung, die Sachlieferungen und den Transfer. Das wird deutlich bei den Beschlüssen, die nicht, wie jene Konflikte, auf der offenen politischen Bühne ausgetragen, sondern in dem stillen Kämmerlein des Organisationskomitees geschlichtet werden. Hierher gehört neben der Regelung des Statuts der Eisenbahnen und der Goldnotenbank, über die, wie über die Gesamtheit der Londoner „Ausgestaltung“ des Dawes-Planes, in besonderen Aufsätzen gesprochen werden wird, die Regelung der Finanzkontrolle, die Durchführung der Bestimmungen des Gutachtens über die Balancierung des Reichshaushalts und die Eintreibung der Steuern aus Deutschland für Morgan u. Co.

Diese Regelung des Dawes-Planes, an der bezeichnenderweise Herr Owen Young vom Bankhaus Morgan entscheidend teilgenommen hat, fällt den Rahmen des Gutachtens aus, indem sie die ganze deutsche Finanzgebarung, nicht nur die Einziehung der im Gutachten vorgesehenen Steuern, der Willkür des Entente-Kontrolleurs ausliefert.

### II.

Das Sachverständigen Gutachten legt in Ausführung des Londoner Zahlungsplanes vom Mai 1921, der dadurch im Grunde wieder hergestellt wird, die Reparationssumme für die mit dem Etatsjahre 1929/1930 beginnenden „Normaljahre“ auf 2,5 Milliarden Goldmark fest. Bis zur Erreichung dieser Norm sind zu zahlen:

1924/25	1,000	Milliarde Goldmark.
1925/26	1,220	„
1926/27	1,220	„
1927/28	1,750	„

Im einzelnen soll die Normalsumme von 2,5 Milliarden Mark aufgebracht werden durch:

Verzinsung und Tilgung der Industrieobligationen	300	Millionen Mark.
Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnobligationen	660	„
die Beförderungsteuer	290	„
die übrigen Reichshaushaltseinnahmen	1250	„

Industrie- und Eisenbahnobligationen gehören zu den Werkzeugen des Dawes-Planes, die zur Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an das internationale Großkapital dienen. Die für sie zu zahlenden Zinsen und Tilgungssummen werden genau so wie die Beförderungsteuer aus den arbeitenden Massen durch Ueberarbeit, Lohnraub und Preis-erhöhung herangezogen. Dazu gesellt sich schamhaft versteckt unter dem Titel „übrige Haushaltsausgaben“, eine Steueransplünderung der Werktätigen, die alle früheren Steuer-raubzüge gegen die arbeitenden Massen Deutschlands weit in den Schatten stellt.

Die 1250 Millionen Goldmark Reparationen aus dem Reichshaushalt soll nach dem klaren Wortlaut des Gutachtens aufgebracht werden aus einer ungeheuren Belastung des Massenverbrauchs. Während der Dawes-Plan mit freundlichen Worten die Ermäßigung der Umsatzsteuer empfiehlt und der deutschen Regierung des Schwerekapitals und der Brotwucher-junker Mittel und Wege anheimstellt, ob und wie hoch sie den Kapitalbesitz für Reparationszwecke belasten will, requiriert es ohne viel Federlesens die Steuern auf Tabak, Alkohol, Zucker und Bier und die Zölle für die Reparationskasse, wobei es zu betonen nicht unterläßt, daß die indirekten Steuern in Deutschland, unter deren Last die Proleten schon jetzt zusammenbrechen, „ungewöhnlich niedrig“ seien.

### III.

Schon das Gutachten, in dem es so die entscheidenden Verbrauchssteuern und die Zölle zum Steuerdienst für Morgan beschlagnahm, bedeutet, wie sich noch ergeben wird, eine gewaltige Erhöhung dieser Abgaben und all der andern von den Massen zu zahlenden Steuern, die das durch den Anstich dieser Steuern entstehende Loch im Reichshaushalt flicken sollen. Aber es kommt noch besser.

Nach den Londoner Beschlüssen, die das schon nach dem Dawes-Plan festgelegte Recht des Entente-Steuerkontrolleurs auf die Erhebung und Erhöhung dieser Steuern „ausgestalten“, sieht dem Kontrollleur nicht nur der Zugriff auf diese Steuern und Zölle unbeschränkt zu, er kann, wenn die ausgepumpten Massen nicht genug für diese Steuern hergeben, jede andere Steuer für die Reparationskasse in Anspruch nehmen und neue Steuern in Deutschland einführen.

Das „gemischte Organisationskomitee für die Kontrolle der verpländerten Staatseinnahmen“ — gemischt deshalb, weil auch deutsche Delegierte an der Ausarbeitung der ungeheuerlichen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen des Entente-Kontrolleurs gegen die breiten Massen der deutschen Steuerzahler teilgenommen haben — unterscheidet sich äußerlich zwischen drei Stufen der Steuerkontrolle: der normalen, der aktiven und der vollständigen.

Die Kontrolle ist normal, wenn die vorgesehene Steuerleistung von 1250 Millionen Goldmark — das sind ein Fünftel über den vom Dawes-Plan als „normal“ bezeichneten Reichshaushaltsbetrag — einkommt. Der Kontrollleur kann sich dann mit der Rechnungsführung begnügen.

Die Kontrolle steigert sich zur aktiven, wenn der Ertrag der beschlaggenommenen Steuern und Zölle unter 20 Prozent fällt.

wenn er während sechs aufeinanderfolgenden Monaten um 25 Prozent unter den Betrag des Vorjahres fällt, wenn während sechs aufeinanderfolgenden Monaten die Gesamtsaatseinnahmen unter 50 Prozent des entsprechenden Betrages des Vorjahres fallen.

In allen diesen Fällen der aktiven Kontrolle kann der Kontrollleur den deutschen Finanzminister auffordern, verschärfte Finanzgesetze durchzuführen und alle vorhandenen Steuererleichterungen aufzuheben.

gegen alle Maßnahmen, die eine Verminderung oder Verzögerung im Eingang der Staatseinnahmen (nicht nur der beschlaggenommenen Steuern) bedeuten, ein Veto einlegen;

die Ursachen der Steuererminderung durch Einsetzen von Vertretern in die deutschen Steuerbehörden korrigieren, die Zölle erhöhen und die Erhöhung direkt in die Kommissarkasse abführen.

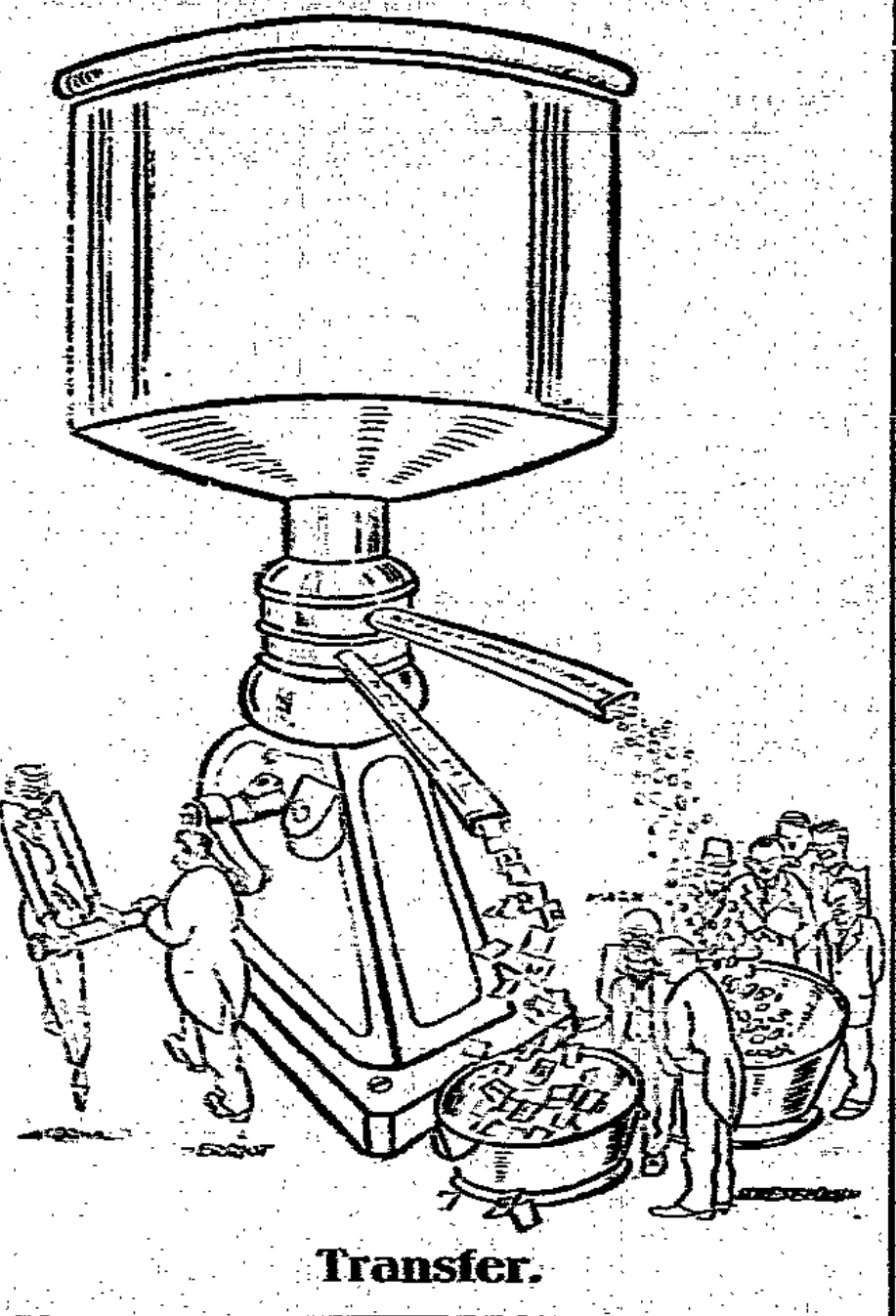
Die aktive Kontrolle ist bereits die Unterstellung aller vorhandenen Staatseinnahmen und ihrer Verwaltung unter die Angestellten Morgans.

Die Kontrolle wird schließlich vollständig,

wenn während dreier aufeinanderfolgender Monate der Kommissar nur ein Zwölftel der deutschen Einnahmen dem Reparationsergebnis überweisen kann, wenn der deutsche Finanzminister den Befehlen des Kommissars oder der aktiven Kontrolle nicht gehorcht,

wenn der Steuerertrag während sechs Monaten unter 120 Prozent des normalen Haushalts fallen sollte.

Dann kann der Kommissar neue indirekte Steuern durchsetzen, damit zugleich mit den schon beschlaggenommenen Steuern ein Zehntel des Rechnungsbetrages der Zahlungen erreicht wird. Reicht auch dieser Betrag nicht aus, dann kann der Kommissar



Maßnahmen fordern, um die Steuern auf die geforderte Höhe zu bringen, insbesondere eigene Verwaltungsorgane für die Steuererträge einzurichten, die die Mindererträge gebracht haben.

Das Bemerkenswerteste dabei ist die Tatsache, daß zusammen mit der vollkommenen Ersetzung der deutschen Staatsorgane durch die Handlungsgeliebten der Newyorker Bankiers die ganzen Zwangsmaßnahmen des Steuerkontrolleurs sich auf die indirekten Steuern und die Zölle beschränken, hier allerdings lückenlos sind, sowohl was die Erhöhung der verpländerten Steuern und Zölle wie die Einführung neuer Abgaben angeht.

Herr Josias Stamp, einer der amerikanischen Drahtzieher, hat die Frage des Organisationskomitees, ob das Prinzip der Nichtmischung in die deutsche Politik (wie es der Dawes-Plan proklamiert) aufrecht erhalten sei, bejaht. Das Prinzip der Nichtmischung wird in der Tat dadurch verwirklicht, daß der Steuerkontrollleur die Steuerpolitik ganz in die eigenen Hände nimmt, so daß etwas, in das er sich noch einmischen könnte, in den Händen der deutschen Regierung nicht mehr da ist.

Die Kontrolle der deutschen Steuern nach den Londoner Beschlüssen übersteigt alles, was die europäischen Großmächte der Türkei und China je an Finanzkontrolle und Preisgabe ihrer Finanzhoheit zugunsten haben.

### IV.

Was tun die deutsche Bourgeoisie und unsere Regierung gegen diesen ungeheuerlichen Anschlag der imperialistischen Räuber auf die deutsche Finanz- und Steuerhoheit? In dem Organisationskomitee, das den Morgan-Kontrollleur das Recht zur willkürlichen Erhöhung der bestehenden und Einführung

neuer indirekter Steuern gibt, sitzen die Vertreter deutscher Regierungen. Weder Luther noch Stresemann haben bis heute in London gegen den der deutschen Regierung auf die Nase gesetzten Steuerexekutor samt seinen Unterbeamten und gegen seine den Reichstag und die deutsche Gesetzgebung heiseitschiebenden Machtvollkommenheiten protestiert.

Ja es finden sich deutsche Professoren, die mit dem Rüstzeug ihrer sogenannten Wissenschaft nachweisen, wie man in Formbildung des Gutachtens und der Londoner Beschlüsse sowie an indirekten Steuern aus den deutschen arbeitenden Massen herauspumpen kann, daß der Agent für die Reparationen zufriedengestellt und der Steuerkontrollleur auf die Rechnungslegung beschränkt wird.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine unter der Leitung des Professors Eulenbergs von der „Arbeitsstelle für sachliche Politik“ in Frankfurt a. M. bearbeitete Artikelserie zum Gutachten. In einem dieser Artikel, „Das Gutachten und die öffentlichen Finanzen“ („Kölnische Zeitung“ Nr. 552 vom 7. August) werden bestimmte Vorschläge zur Deckung der aus dem Haushalt zu zahlenden Reparationssummen von 1250 Millionen Mark gemacht. Diese Vorschläge zeigen, wie die Bourgeoisie sich die Erfüllung des Gutachtens (die „gerechte soziale Verteilung der Lasten“ nach der Vorstellung der Sozialdemokratie) denkt.

Da wird zunächst die Beschränkung der Ausgaben-seite des Haushalts empfohlen:

„Viele Kulturausgaben, auch Sozialausgaben, werden neuen Sparausschüssen und -diktatoren zum Opfer fallen müssen.“

Genau so sagt es das Gutachten, wenn es die Kürzung der im Haushalt ausgeworfenen Summen für Arbeitslosenunterstützung fordert.

Weiter führt der Aufsatz aus, daß die Einkommensteuer (außer der Lohnsteuer) die Körperschafts- und Vermögenssteuer, also die Besitzsteuern, kaum mehr bringen werden, als sie heute bringen. Die praktische Steuersabotage der Bourgeoisie wird theoretisch begründet.

Von den Verbrauchssteuern schlägt die deutsche Regierung selbst für die vier großen Reparationssteuern bis zum Jahre 1928, dem ersten Normaljahr, eine Erhöhung gegenüber 1924 um mehr als das Doppelte, nämlich von 857 Millionen auf 1700 Millionen Mark, vor, während das Gutachten 2146 Millionen Mark herauswirtschaften will. Die Verkehrssteuern sollen 700 Millionen bringen. Im ganzen ergibt sich dann folgendes Bild der Einnahmen:

	1924		in Zukunft	
	Mill. M.	Prozent	Mill. M.	Prozent
Verwaltungseinnahmen	1200	13,6	2000	18,2
Direkte Steuern	3400	41,5	3600	32,7
Verbrauchssteuern	1050	12,8	2100	19,1
Verkehrssteuern	2550	31,1	3300	30,0
	8200	100	11 000	100

Die Arbeitsstelle für „sachliche“ Politik fügt sachlich hinzu: „Die Schwächung des Anteils der direkten Steuern ist charakteristisch und unausweichlich, mag die deutsche Regierung sich so oder so zusammensetzen.“

Unausweichlich und charakteristisch ist dieser „Verzicht“ auf die direkten Steuern für die deutsche Professorenweisheit und deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Regierungen.

Noch charakteristischer ist, daß die Aufstellung insofern falsch ist, als sie unter die direkten Steuern auch die Lohnsteuer rechnet. Nimmt man sie gesondert, so wird, da sie den Löwenanteil der „direkten“ Steuern bringt, der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den Steuern für Reparationen noch größer und der der Bourgeoisie noch geringer, als ihn die sachlichen Professoren darstellen. Die Berechnung verschiebt sich mehr zuungunsten der arbeitenden Massen dadurch, daß auch die Verkehrssteuern zum größten Teil von ihnen aufgebracht werden.

Was hier von der Regierung bezweckt und von den Professoren begründet wird, ist die Durchführung des Dawes-Planes in der Londoner Aufmachung. Die aktive und vollständige Kontrolle soll dadurch vermieden werden, daß die Regierung sich selbst zum führenden Organ Morgans für die Steuerbetreibung aus den Taschen der Werktätigen in die der Reparationskasse macht.

Das alles wird durchgeführt ohne Befragung des Reichstages. In London wird ein Protokoll unterzeichnet, und die Steuerkontrolle ist fertig. Auch ein Beitrag zur Verfassungsfeier.

Aber die ganze Geschichte hat dennoch ein Loch. Der deutsche Etat balanciert nicht. Fällt aber das Etatsgleichgewicht zusammen, dann kommt der Steuerkommissar mit der aktiven und vollständigen Kontrolle und zieht die Daumenschraube der indirekten Steuern nur noch fester. Die Sabotage der direkten Steuern durch die deutsche Bourgeoisie wird so ein Hebel für die Durchführung der Finanzkontrolle Morgans, wie die Sabotage der Sachlieferungen ein Anstoß für die Ruhrbesetzung durch Poincaré geworden ist.

Durch die beschlaggenommenen indirekten Steuern und die Finanzkontrolle sind die arbeitenden Massen Deutschlands direkt an die Reparationskasse gefesselt. Zusammen mit der Goldnotenbank, der Preisgabe der Eisenbahnen, der Ueberfremdung der deutschen Produktionsmittel durch die Industrieobligationen, durch die Transferkasse werden die Steuern für Morgan und die Finanzkontrolle ein Mittel der Kolonisierung Deutschlands.

Das Märchen erzählt, wie Sindbad, dem Seefahrer, einmal ein boshafter Greis auf die Schullern sprang, ihn nicht losließ und ihn zwang, nach seinem Willen zu gehen und zu arbeiten. Genau so wie Sindbad von seinem Peiniger, so wird das deutsche Proletariat so werden alle Werktätigen Deutschlands von den imperialistischen Räubern und ihren deutschen Agenten geschunden. Sindbad entledigte sich seines Reiters durch List und Gewalt.

Das deutsche arbeitende Volk muß alle seine Macht aufbieten, um die Ketten der Finanzkontrolle, die Versklavung durch das Gutachten und seine Londoner Verschönerungen zu zerreißen. Die Arbeiterkontrolle der Produktion, der rücksichtslose Zugriff in den Besitz des Großkapitals, das die deutschen Produktionsmittel überfremden hilft, in den Besitz der Junker, die durch ihren Brotwucher die Arbeiter ausmühen, ist der erste Schritt zur Befreiung der deutschen Arbeiter von ihren Blutsaugern.